

Arbeit & Wirtschaft



Brutal global

*Die politische Welt verändert sich rasant.
Welche Antworten Österreich mit seinen europäischen
Partnern auf neue Fragen entwickeln kann.*

Besuch in Brüssel / 16

Das EU-Lieferkettengesetz droht
zum Papiertiger zu werden

Europa stärken / 20

Finanzminister Markus
Marterbauer im Interview

#4



RICHARD SOLDER CHEFREDAKTEUR
SARAH KLEINER CHEFIN VOM DIENST
GRETA STAMPFER ONLINEREDAKTION
THOMAS JARMER ARTDIRECTION & LAYOUT
MARKUS ZAHRADNIK FOTOS
SILKE MÜLLER ILLUSTRATIONEN
FLORIAN PRAXMARER LEKTORAT
SONJA ADLER ADMINISTRATION
VANESSA KOVAR REDAKTIONSSASSISTENZ

Autor:innen dieser Ausgabe

Eva Burger, Sophia Fielhauer-Resei, Sandra Gloning,
 Ute Groß, Milena Österreicher, Christian Resei,
 Nadja Riahi

Redaktion Arbeit&Wirtschaft

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
 Tel.: (01) 534 44-39263, Fax: (01) 534 44-100222
 redaktion@arbeit-wirtschaft.at

Themenkomitee

www.arbeit-wirtschaft.at/impressum

Herausgeber

Bundesarbeitskammer
 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22
 Österreichischer Gewerkschaftsbund
 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber

Bundesarbeitskammer
 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22
 Tel.: +43 1 501 65-0
 akmailbox@akwien.at

Hersteller

Walstead Leykam Druck GmbH & CO KG
 7201 Neudörfel, Bickfordstraße 21

Verlagsort Wien**Herstellungsort** Neudörfel**Abonnementverwaltung und Adressänderung**

Lukas Huemerlehner
 Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
 Tel.: (01) 662 32 96-0, aboservice@oegbverlag.at
 Einzelnummer: € 3,50 (inkl. Mwst.)
 Jahresabonnement Inland € 18,- (inkl. Mwst.)
 Ausland zuzüglich € 14,- Porto
 Für Lehrlinge, Student:innen und Pensionist:innen
 ermäßigtes Jahresabonnement € 9,- (inkl. Mwst.)

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25

www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung
 ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655
 ISSN (Print) 0003-7656, ISSN (Online) 1605-6493,
 ISSN (Blog) 2519-5492

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder Autor:in trägt die Verantwortung für seinen:ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller Mitarbeiter:innen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung. Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Nachdrucke, auch auszugsweise, sind nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Hinter den Kulissen



Eklat im Ministerium? Keine Sorge, der Interviewtermin des **A&W-Teams** mit **Finanzminister Markus Marterbauer** ist gut gelaufen und das Gespräch **ab Seite 20** zu lesen. Seine Antworten auf unser Online-Format „Auf ein Wort“ finden Sie auf unseren Social-Media-Kanälen!



A&W-Artdirector **Thomas Jarmar** muss in dieser Ausgabe vor den Vorhang: Denn die optische Neukonzeption des Hefts und Formate wie die Betriebsratskolumne „Blickwinkel“ oder „Mein Utopia“ wurden mithilfe seines grafischen Feinsinns verwirklicht. **Wir sagen Danke!**

Die rotweißrote Superpower: Dialog



RICHARD SOLDER
CHEFREDAKTEUR

Traurige Trends der Zeit sind Chauvinismus und Eigeninteressen. „Österreich zuerst!“? Nein, so ein Leitsatz passt nicht, und er ist – erst recht historisch betrachtet – höchst problematisch.

Im Gegenteil: Österreich könnte jetzt, gemeinsam mit europäischen Partnern, bewusst andere Akzente setzen. Außenpolitisch stand das Land seit der Ära Kreisky für Friedensinitiativen, für einen Ort der Vermittlung – und einen Staat, der über seinen Tellerrand blickt und sich einbringt. Österreich galt immer wieder als Vorbild, die Absicherung der Menschen durch ein starkes Sozialsystem brachte Stabilität und Sicherheit.

Wenn nun in den USA und andernorts von der Kettensäge die Rede ist, die „unnötige Bürokratie“ entfernen soll, dann geht es darum, dagegenzuhalten; wenn von Budapest bis Moskau autoritäre Regime weiter an ihrem Machterhalt arbeiten, kann die Alpenrepublik zeigen, warum es den Dialog über Parteigrenzen hinweg für die Demokratie braucht – die Sozialpartnerschaft macht es vor.

Diese Ausgabe zeigt, dass der demokratiepolitische Kampf schon längst mitten in Europa angekommen ist. Durch das Erstarken der rechten Parteien macht ihnen die EU-Kommission etwa in Sachen Lieferkettengesetz Zugeständnisse – mit gravierenden Folgen von hier bis Bangladesch (Seite 16). Die Aufrüstung wiederum bringt viele Fragen für Unternehmen und Gewerkschaften mit sich (Seite 26). Und Bundespräsident Alexander Van der Bellen beantwortete uns in diesem Heft die Frage, wie wir denn eigentlich sind (Seite 11).

Die Welt dreht sich gefühlt immer schneller, über Jahrzehnte Gewohntes verändert sich, eine Krise folgt der nächsten. Bei Arbeit&Wirtschaft wollen wir dieser Dynamik Rechnung tragen: Ab jetzt bieten wir in den Printausgaben mehr thematische Vielfalt mit dem gleichen Tiefgang an. Waren die Hefte bisher monothematisch, findet man ab jetzt in der Heftmitte einen Schwerpunkt, den A&W-Fokus, und drumherum Aktuelles, ergänzt durch neue Rubriken. Immer lohnt sich auch ein Blick auf unsere Website www.arbeit-wirtschaft.at, da die Redaktion hier noch rascher reagieren kann. Unser wöchentlicher Newsletter „Abendpost“ informiert mittwochs und bietet exklusive Inhalte und Gedanken zur Woche.

Ob Print oder online: Immer wieder schauen wir dabei in ganz andere Ecken des Globus. Wer weiß, die Menschen dort können vielleicht etwas von uns lernen – oder wir von ihnen. ▀



Inhalt

Gesamtkunstwerk Kollektivvertrag	Respekt und Verhandlungsgeschick als Grundpfeiler der Herbstlohnrunde	6
Nachruf	Die Gewerkschaften trauern um Karl Dürtscher und Rainer Wimmer	10
Wie sind wir denn, Herr Van der Bellen?	Der Bundespräsident über das Wesen der Österreicher:innen	11
Blickwinkel	Journalistin und Betriebsrätin Ute Groß über erfolgreiche Medienförderung	12
Kurzmeldungen	News und Personalien aus der Gewerkschaftsbewegung	13

FOKUS

Österreich in der Welt

Sorgfalt auf Sparflamme	Warum das EU-Lieferkettengesetz auf der Kippe steht	16
„Wir brauchen ein stärkeres Europa“	Finanzminister Markus Marterbauer im Interview	20
Welt der Gegensätze	Die internationale Gewerkschaftsbewegung im Blick	24
Eine Gratwanderung	Aufrüstung in Österreich: Zwischen Jobgarantie und Friedensideal	26
Handeln statt hoffen	Eva Burger von der AK Wien über den Angriff auf Frauenrechte	29
Die Grenzgänger:innen	Wie gestaltet sich das Arbeiten über Landesgrenzen hinweg?	30

Blitzlichter	Betriebsrät:innen über globale Entwicklungen	34
Demokratie muss liefern	Politologin Tamara Ehs über Soll und Ist der Demokratie	36
Auf Zeitreise durch Wien	Ein Spaziergang entlang der historischen Gründungsroute des ÖGB	40
Weiterbildung	Aktuelle Bildungsangebote	44
A&W-Blog	Wissenswertes aus dem A&W-Blog	45
Mein Utopia	Erich Fenninger von der Volkshilfe über das Ende von Kinderarmut	46



Arbeit&Wirtschaft Newsticker

Wer verhandelt was, wer blockiert, was bewegt sich? Mit dem Arbeit&Wirtschaft-Newsticker sind Sie bei der **Herbstlohnrunde** immer auf dem neuesten Stand. Wir berichten über Hintergründe, Zwischenstände und die entscheidenden Wendungen in den **Kollektivvertragsverhandlungen**.

www.arbeit-wirtschaft.at/newsticker

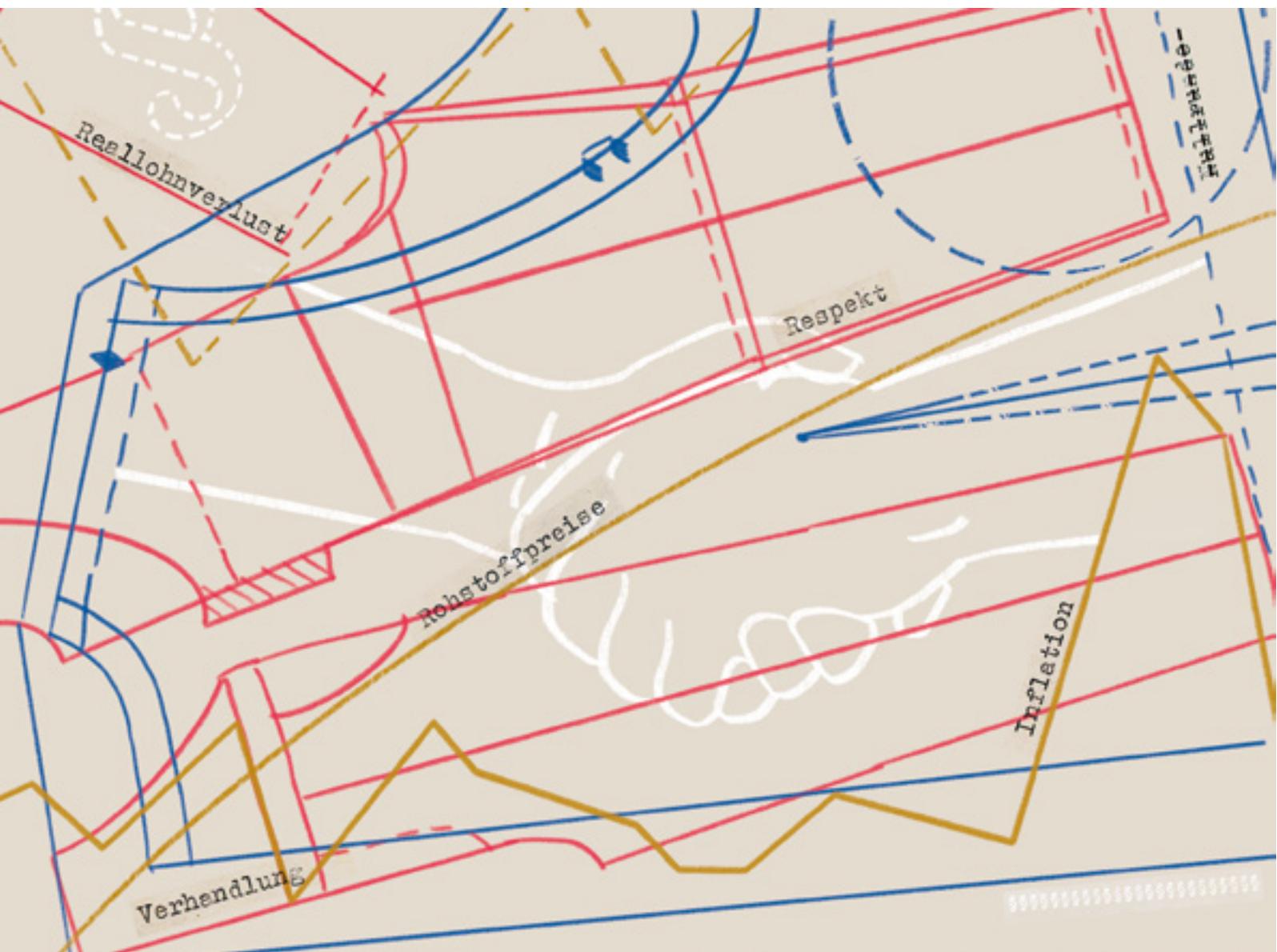


f X @ /AundWMagazin
www.arbeit-wirtschaft.at

Gesamtkunstwerk Kollektivvertrag

Die Herbstlohnrunde läuft an: Das freie Spiel der Arbeitskräfte wird heuer inmitten einer Wirtschaftskrise ausgetragen. Für erfolgreiche KV-Abschlüsse braucht es Verhandlungsgeschick und Respekt, Lohnzurückhaltung ist hingegen der falsche Weg.

TEXT CHRISTIAN RESEI, SOPHIA FIELHAUER-RESEI





Win-win-Situation: Der AK-Wirtschaftsforscher Sepp Zuckerstätter sieht die Stärke des österreichischen KV-Systems darin, „auch in schwierigen Zeiten einen für beide Seiten tragbaren Kompromiss zu finden“.

Die österreichische Wirtschaft kränkelt. Das Bruttoinlandsprodukt will nur zäh wieder wachsen, der nationale Sparkurs erschwert Investitionen. „In den letzten fünf Jahren war die Situation nicht leicht“, sagt Sepp Zuckerstätter von der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK Wien. „Nach der Coronakrise wäre es eigentlich bergauf gegangen, doch dann kam mit dem Ukraine-Krieg die Rohstoffpreiskrise.“

Noch immer kämpft Österreich mit einer hohen Inflation, auch ein EU-Defizitverfahren wurde eingeleitet, um die Neuverschuldung in den Griff zu bekommen. „Die damalige Regierung hat die Inflation nicht abgefangen“, kritisiert Zuckerstätter. „Es wäre klüger gewesen, Energiepreise zu regulieren und die Mietpreisbremse früher einzuführen.“ Stabilität ist jetzt gefordert, und dazu kann auch die Sozialpartnerschaft mit ihrem Hauptinstrument, dem Kollektivvertrag (KV) beitragen. Er schafft sichere Rahmenbedingungen für Arbeitnehmer:innen und Arbeitgeber:innen. Ein vernünftiger Abschluss bei der kommenden Herbstlohnrunde wäre wichtig.

In ganz Österreich sind 98 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse durch Kollektivverträge geregelt, circa 450 KVs verhandeln die Gewerkschaften. In jedem einzelnen geht es um wesentlich mehr als die bloße Lohnabgeltung. „Die Stärke des österreichischen Systems ist es, auch in schwierigen Zeiten einen für beide Seiten tragbaren Kompromiss zu finden“, erklärt AK-Experte Zuckerstätter. Für Arbeitnehmer:innen bietet der KV eine Absicherung: Das Einkommen kann nicht plötzlich absinken, und die Zukunft kann einigermaßen sicher geplant werden. Die Arbeitgeber:innen profitieren durch klare Vorgaben zu den Arbeitsbedingungen. Einheitliche Standards minimieren mögliche Konflikte mit der Beleg-

schaft und reduzieren das Risiko arbeitsrechtlicher Auseinandersetzungen. Damit schafft der KV Planungssicherheit und sorgt für Kosteneffizienz im Unternehmen.

Maßgefertigte Vereinbarung

Dass auch auf besondere Bedürfnisse der Arbeitgeber:innen eingegangen wird, zeigte u. a. 2023 der Lohnabschluss für die Beschäftigten der Metallindustrie. Die Einführung der sogenannten Wettbewerbs- und Beschäftigungssicherungsklausel (WBSK) ermöglicht es Unternehmen, in bestimmten Fällen von den allgemeinen Lohn- und Gehaltserhöhungen abzuweichen – etwa, wenn dadurch die Beschäftigung der Mitarbeiter:innen gesichert wird. Rund 100 Firmen haben diese Klausel in Absprache mit ihren Betriebsrät:innen bereits genutzt, gut 40.000 Arbeitnehmer:innen waren davon betroffen.

Allein anhand dieses Beispiels erscheint es nicht nachvollziehbar, wenn das Umfeld der Arbeitgeber:innen das KV-System schwächen will – etwa mit einer drei Jahre währenden Nulllohnrunde trotz überdurchschnittlich hoher Inflation, wie sie etwa Kurt Maier, Präsident der steirischen Industriellenvereinigung (IV), forderte. Dabei gilt: Erst erhöhen Unternehmen die Preise, diese Profite treiben die Inflation an, und die Arbeitnehmer:innen müssen mit ihrer Vorleistung Reallohnverluste verkraften. Denn in den zwölf Monaten bis zur nächsten Lohnerhöhung steigen die Preise – Stichwort rollierende Inflation –, sie bekommen in dieser Zeit aber immer noch das gleiche Entgelt.

„Nulllohnrunden wären Gift für die heimische Wirtschaft“, formuliert es der Bundesvorsitzende der Produktionsgewerkschaft

(PRO-GE), Reinhold Binder. „Wirtschaftsforscher:innen betonen, dass die derzeitigen Konjunkturprobleme vor allem auf eine geringe Nachfrage zurückzuführen sind. Der IV-Vorschlag würde die Konjunktur daher endgültig abwürgen.“

Tatsächlich hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie seit Anfang 2023 verschlechtert – allerdings ging diesem Abwärtstrend ein Jahrzehnt kontinuierlicher Verbesserungen voraus, denn die Produktivität der Industrie ist in den vergangenen 15 Jahren etwa dreimal so stark gewachsen wie der gesamtwirtschaftliche Durchschnitt. Eine Nulllohnrunde könne die aktuellen Probleme nicht lösen. „Was wir dringend brauchen, sind Strategien für die heimische Industrie, mit dem Ziel, das Wirtschaftswachstum anzukurbeln, die Produktivität zu erhöhen und Arbeitsplätze zu schaffen“, sagt Binder.

Insgesamt verhandelt die PRO-GE mehr als 120 KVs und bereitet sich darauf sorgfältig vor, eine Lagebeurteilung wird vorab erstellt. Das gelingt, indem innerhalb eines Jahres bis zu 600 Betriebe besucht werden. „Wir sind in vielen Betrieben unterwegs und führen Gespräche mit Beschäftigten und Betriebsrät:innen, mit dem Vorstand, der Geschäftsführung und den Eigentümer:innen“, so der Bundesvorsitzende. Mitte September beginnen die Verhandlungen zum neuen Metaller-KV. Er gilt als eine Art Leitkollektivvertrag für die Verhandlungen vieler anderer Sparten.

Faire Löhne sind dabei wieder essenziell: Sie vermögen Kaufkraft und Wohlstand zu sichern. Deshalb steht die PRO-GE für eine solidarische Lohnpolitik und sozialen Ausgleich. Für Beschäftigte mit geringeren Einkommen fielen die Lohnabschlüsse in den letzten KV-Verhandlungen im Verhältnis höher aus. „Vor allem die niedrigen und mittleren Einkommensgruppen profitieren von

einem dauerhaften Teuerungsausgleich. Das ist uns ein großes Anliegen“, sagt Binder. Denn Geringverdiener:innen geben tendenziell einen größeren Anteil ihres Einkommens für Konsum aus und kurbeln damit die Wirtschaft an. Die Bedürfnisse der unteren Einkommensgruppen sind stark auf den Verbrauch lebensnotwendiger Güter und Dienstleistungen ausgerichtet. „Wichtig ist: Die Stärkung des Wirtschaftsstandorts kann nur mit qualifizierten Arbeitnehmer:innen gelingen“, so Binder. „Sie sind der Schlüssel für die Transformation und verantwortlich für unsere Innovationskraft.“ Wesentlich müsse deshalb im Rahmen einer Industriestrategie eine Aus- und Weiterbildungsinitiative sein.

Respekt als Grundlage

Auch für Eva Scherz und ihr Team ist akribische Vorbereitung das Um und Auf. Die GPA-Verhandlungsführerin für die Sozialwirtschaft und Elektroindustrie jobbte während ihres Wirtschafts-Studiums in der GPA – und blieb. Seit mittlerweile 20 Jahren verhandelt sie Kollektivverträge. „Wir schauen uns die Problemlagen an, die es in den einzelnen Betrieben gibt, und wie sich die Branche entwickelt“, erklärt die gebürtige Industrieviertlerin. Dazu gehören auch etwaige Gesetzesänderungen. „Aber natürlich geht es nicht nur um die harten wirtschaftlichen Zahlen der eigenen Branche, sondern auch um das komplette nationale und internationale Umfeld.“

Je mehr Gewerkschaftsmitglieder vertreten werden und je stärker das Betriebsratsnetz, desto wahrscheinlicher sei es, Forderungen durchzusetzen. „Es hilft, wenn die Arbeitgeber:innen die Sozialpartnerschaft als positives Instrument sehen“, sagt Scherz. Viele Verhandlungspartner:innen kommen vonseiten der Wirt-



Nulllohnrouden, wie von der Industriellenvereinigung gefordert, sind für den Vorsitzenden der Produktionsgewerkschaft, Reinhold Binder, ein No-Go: „Das würde die Konjunktur endgültig abwürgen.“



Eva Scherz verhandelt seit 20 Jahren KVs bei der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA). Vorbereitung und Respekt seien zentral – und: „Es hilft, wenn Arbeitgeber:innen die Sozialpartnerschaft positiv sehen.“

schaftskammer Österreich (WKO), in anderen KVs verhandeln auch Vertreter:innen freiwilliger Verbände, etwa des Banken-, Energie- oder Versicherungsverbands, des Verbands der Sozialwirtschaft oder auch von der Berufsvereinigung von ArbeitgeberInnen, die Bildungseinrichtungen führen (BABE). Außerdem gibt es KV-Verhandlungen mit den Kammern für Ärzt:innen, Rechtsanwält:innen oder Notar:innen.

Von Tricks und Ellenbogen-Technik sind die Verhandler:innen weit entfernt – auch wenn mancher Bericht in den Nachrichten anderes vermuten lässt. KV-Verhandlungspartner:innen wechseln nicht oft, meist sind jahrelange Arbeitsbeziehungen entstanden. „Insofern ist es auch am erfolgreichsten, wenn wir ehrlich miteinander umgehen – denn der Respekt für das Gegenüber ist ungemein wichtig“, verdeutlicht Scherz den erwünschten Stil der Verhandlungen. Schließlich vertritt jede Seite die Interessen

der jeweiligen Mitglieder, für beide zählt ein tragbares Ergebnis. KV-Verhandlungen sind die oft schwierige Suche nach gemeinsamen Lösungen.

Freilich, ein paar Druckmittel müssen schon mit im Gepäck sein: 2024 gelang es den Gewerkschaften GPA und vda, durch Betriebsversammlungen, Aktionen und Demonstrationen Stärke zu beweisen und damit eine Gehaltserhöhung von 4 Prozent im Sozialwirtschafts-Kollektivvertrag (SWÖ-KV) durchzusetzen. Doch wie schon zuvor erwähnt, zählt nicht allein das Entgelt. Für die Elektroindustrie konnte 2025 die sogenannte Freizeitoption für weitere fünf Jahre abgesichert werden – sie ermöglicht es, die jährliche Ist-Lohnerhöhung (oder Teile davon) in bezahlte Freizeit umzuwandeln. „Diese Regelung ist bei den Beschäftigten sehr beliebt“, weiß Scherz.

Ein Kollektivvertrag sollte die soziale Realität widerspiegeln. Der SWÖ-KV deckt eine Vielzahl von Berufen im sozialen und Gesundheitsbereich ab. Dazu gehören u. a. Pflegeberufe, Behindertenbetreuung oder psychosoziale Arbeit – Jobs, die einen sehr intensiven Austausch mit den Klient:innen voraussetzen. Was mit Idealismus beginnt, endet allzu oft in Resignation und einem Burnout. Um die Menschen in der Branche zu halten, ist nicht bloß gerechte Entlohnung nötig – auch die Arbeitsbedingungen müssen verbessert werden. Die Arbeitszeitverkürzung auf 37 Stunden in der Woche (2022) war ein Schritt in die richtige Richtung, doch es braucht deutlich mehr. Die laufenden Entwicklungen – von Personalengpässen bis zu den Zwängen der Budgetpolitik – werden die anstehenden Verhandlungen nicht gerade erleichtern. Eva Scherz hätte da aber ein paar innovative Ideen. Gestartet wird am 1. Oktober. ▶

KV-Abdeckung in Österreich

Quelle: ÖGB



Die Herbstlohnrunde war in den vergangenen Jahren in vielerlei Hinsicht von zwei Menschen geprägt, die im Frühling bzw. Frühsommer viel zu früh von uns gegangen sind.



KARL DÜRTSCHER

1961–2025



RAINER WIMMER

1955–2025

Am 25. Mai ist Karl „Charly“ Dürtscher, Bundesgeschäftsführer und Chefverhandler der Gewerkschaft für Privatangestellte (GPA), mit 64 Jahren einer schweren Krankheit erlegen.

Dürtscher wurde 1961 in Schruns, Vorarlberg, geboren. Bei der GPA startete er 1985 als Fachgruppensekretär der Sektion Handel, ab 2001 war er stellvertretender Regionalgeschäftsführer der GPA Wien. Ab 2018 war er Bundesgeschäftsführer der GPA. Als Leiter des Geschäftsbereich der Interessenvertretung war er zuletzt verantwortlich für die Kollektivvertragspolitik der Gewerkschaft und auch Chefverhandler, u. a. in der Metallindustrie.

Er war zudem in verschiedenen Funktionen der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung tätig, etwa lange als stellvertretender Obmann der Wiener Gebietskrankenkasse, als Präsidiumsmitglied der Pensionsversicherungsanstalt, als Mitglied des Verwaltungsrats der AUVA und als Kammerrat in der Arbeiterkammer.

„Herbstzeit ist Erntezeit. So sagt man doch immer, oder?“, kommentierte Dürtscher den Beginn der Herbstlohnrunde vor einigen Jahren in Arbeit&Wirtschaft. „Wenn es notwendig war, dann übernahm er auch Verantwortung ganz in der ersten Reihe. Gerade die extrem schwierigen KV-Verhandlungen der letzten Jahre erforderten seine ganze Kraft und Durchhaltevermögen“, schreibt Martin Panholzer, GPA, in einem Nachruf im Magazin „Kompetenz“. Trotzdem habe Dürtscher nie seine Gelassenheit und seinen Humor verloren. Was ihn auszeichnete, seien seine Handschlagqualität und Besonnenheit gewesen, die auch von Arbeitgeber:innen geschätzt wurden. „Mit Charly verlieren wir nicht nur einen guten Freund, sondern einen Kollegen, der sich durch ein unglaubliches Fachwissen auszeichnete.“

Am 24. Juni ist Rainer Wimmer mit 69 Jahren nach kurzer schwerer Krankheit verstorben. Er war erster Bundesvorsitzender der 2009 gegründeten Produktionsgewerkschaft (PRO-GE).

Wimmer stammte aus dem oberösterreichischen Hallstatt, 1984 wurde er Zentralbetriebsratsvorsitzender der Salinen Austria. Von 2009 bis 2022 war er Chefverhandler bei den jährlichen KV-Verhandlungen für Metallindustrie und Bergbau. Von 1993 bis 2024 fungierte er als SPÖ-Abgeordneter zum Nationalrat. Wimmer hatte unterschiedliche Funktionen in der Versicherungsanstalt für Eisenbahn und Bergbau inne, war Bürgermeister seiner Heimatstadt und in der internationalen Gewerkschaftsarbeit engagiert. Er war Träger des „Großen Goldenen Ehrenzeichens für Verdienste um die Republik Österreich“.

Wimmer war für seine Geradlinigkeit, seinen gewerkschaftlichen Kampfgeist und seinen Humor bekannt – und dafür, Klartext zu reden: „Wir lassen sie nicht mit den Gewinnen abhauen“, oder: „Da hilft ihnen kein Himmelvater, da werden sie etwas hergeben müssen“, sind Beispiele legendärer Aussagen rund um Lohnrunden. In einem Interview mit Arbeit&Wirtschaft brachte er 2022 seine Skepsis, ob die Unternehmen in Inflationszeiten Entgegenkommen zeigen, so zum Ausdruck: „Es ist immer dasselbe: Vor der Krise geht es nicht, in der Krise muss man sparen, und nach der Krise muss man das Pflänzchen gut behandeln, um das Wachstum nicht gleich wieder abzuwürgen.“

Reinhold Binder, Bundesvorsitzender der PRO-GE, zum Ableben Wimmers: „Rainer war im Herzen immer Betriebsrat – mit großem Gespür für die Menschen und bedingungslosem Einsatz für die Arbeitnehmer:innen.“ ▸

Wie sind wir denn, Herr Van der Bellen?

Wie wir nicht sind, das habe ich ja schon einmal definiert. So eine Abgrenzung ist auch hilfreich: zu sagen, dass wir beispielsweise nicht engstirnig oder gleichgültig sein wollen. Aber wie sind wir denn nun? Eine schwierige Frage.

Wir sind mutig und vorsichtig, Stadt und Land, fortschrittlich und beständig, wir lieben das Praktische und das Schöne. Trotz all dieser Unterschiede und Widersprüche sollten wir ein gemeinsames „So sind wir“ finden.

Dafür müssen wir unseren Blick wieder schärfen für das, was wir gemeinsam haben – und uns einig da-

rüber sein, was uns wichtig ist. Demokratie, Frieden, Freiheit, Sicherheit, Klima, unsere Rechte, unsere Heimat und Europa: Das ist für die allermeisten Menschen in unserem Land grundlegend von Bedeutung.

Wie wir sind, bemisst sich allerdings nicht nur daran, was uns wichtig ist, sondern auch daran, was wir dafür tun. Wofür setzen wir uns ein? Wem hören wir zu? Wie gehen wir miteinander um? Das alles zeigt, wie wir sind. Es ist zwar etwas unbequem, weil wir dafür aktiv werden müssen, aber: Jede:r Einzelne legt einen eigenen Baustein auf unser „So sind wir“ – mit allem, was wir tun, und allem, was wir nicht tun.



ALEXANDER VAN DER BELLEN
BUNDESPRÄSIDENT DER REPUBLIK ÖSTERREICH

Wer Qualität will, muss Zeit schaffen

TEXT UTE GROSS

Ein lateinisches Sprichwort besagt, die Wahrheit sei eine Tochter der Zeit. In den Redaktionen des Landes wissen wir aber auch, dass es Zeit, mitunter viel Zeit braucht, um Sachverhalten auf den Grund zu gehen, das journalistische Einmaleins von „Check – Recheck – Doublecheck“ konsequent anzuwenden und Wahrheiten ans Licht zu bringen.

Diese Zeit kostet Geld – Geld, das die Medienhäuser nicht mehr haben, rinnt das große Werbebudget doch längst zu globalen Digitalkonzernen und nicht zu den Nahversorgern auf dem klassischen heimischen Medienmarkt. Das Resultat: Der Qualitätsjournalismus steht unter Druck. Der Befund ist nicht neu und wird von Akteur:innen der Branche mit steigender Intensität erhoben. Was immer noch fehlt, ist eine Therapie, die ihm folgt. Denn schwächelt der Journalismus, schwächelt die Demokratie.

Quer durch die Republik reagieren Medienunternehmen auf finanzielle Einbußen mit Personalabbau in den Redaktionen. Das mag kurzfristig für Zahlen und Budgets gut sein, nicht aber für den Bestand und Ausbau von Journalismus mit Anspruch – ausgedünnte Redaktionen beschleunigen die Abwärtsspirale. Gleichzeitig und nicht zufällig wachsen „alternative“ Medien diverser Parteien und Gruppierungen aus offensichtlich gut genährten Böden. Die Existenzangst führt zu Verzweiflungsakten in den Führungsetagen, wie dem Drang, auf allen Kirtagen zu tanzen

und das Zählen von Klicks, Paid Conversions und Verweildauern zum Maß aller Dinge zu erheben. Von Zugriffszahlen auf Relevanz zu schließen ist ein fataler Irrtum. Wer sich beliebig und austauschbar macht, ist beliebig und austauschbar. Die Branche hat nur eine Überlebensversicherung: Qualität. Für nichts anderes werden Leser:innen künftig bezahlen.

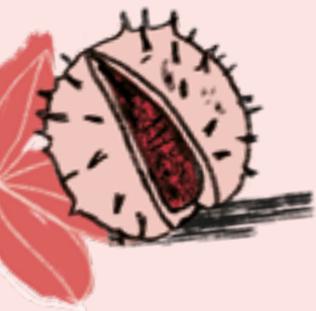
Die Absicherung des Medienstandortes beginnt in jedem einzelnen Medienhaus mit der fundierten Ausbildung junger Kolleg:innen und unterstützenden Arbeitsbedingungen. Dazu zählen individuelle Entfaltungsmöglichkeiten, der Stopp permanenter Arbeitsverdichtung – etwa durch die Bespielung unterschiedlicher Darstellungsformen (Text, Foto, Audio, Video) in Personalunion – und eine adäquate Bezahlung, die der hohen Beanspruchung und Verantwortung gerecht wird.

Ohne Förderungen durch die öffentliche Hand sind diese Standards nicht umsetzbar. Es ist höchste Zeit, Qualitätsjournalismus – plattformunabhängig – wirklich und nachhaltig abzusichern, über die Dauer einer Bundesregierung hinaus. Zusätzlich zu der restriktiv reglementierten Qualitätsjournalismusförderung braucht es daher die steuerliche Absetzbarkeit eines Abos (Print oder digital) für jeden Haushalt. Damit wäre den Medienhäusern geholfen und der Zugang zu faktenbasierter Information für alle garantiert.

Gemeinsam haben Politik und Medien die Verantwortung, den Wert seriöser journalistischer Arbeit im kollektiven öffentlichen Bewusstsein zu verankern. Dieser Wert hat seinen Preis – einen Preis, den eine liberale Demokratie verpflichtet ist zu bezahlen. ▀

UTE GROSS

ist Journalistin, freigestellte Betriebsrätin bei der „Kleinen Zeitung“ und Vorsitzende der Journalist:innengewerkschaft der GPA.





Wussten Sie, ...

... dass mittlerweile alle größeren Casinos am Las Vegas Strip im US-Bundesstaat Nevada gewerkschaftlich organisiert sind? Der dortige Erfolg der „Culinary Workers Union“ ist bemerkenswert, wo doch die Gewerkschaftsmitgliedschaften in den USA insgesamt zurückgegangen sind.



Der neue Chefökonom

Matthias Schnetzer tritt als Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik in der AK Wien seit Frühsommer in die Fußstapfen von Markus Marterbauer. „Ich war nie dieser klassische ‚Schaffe, schaffe, Häusle baue‘-Typ“, sagte der gebürtige Vorarlberger kürzlich dem „profil“. Wirklich geprägt habe ihn das Aufwachsen in einem größeren Familienhaushalt, wo Gerechtigkeit die oberste Maxime war. Schnetzer ist Doktor der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften.



95 Prozent der Handelsangestellten sind laut einer Umfrage der GPA gegen Sonntagsarbeit – eine klare Absage an die Forderung nach einer Sonntagsöffnung.

Baubranche: Gleiche Arbeit, gleiche Rechte!

Wie man faire Arbeitsbedingungen für alle europäischen Arbeitnehmer:innen sichern kann, diskutiert Josef Muchitsch, Nationalratsabgeordneter und Bundesvorsitzender der GBH, mit österreichischen Expert:innen und dem Direktor der Europäischen Arbeitsbehörde, Cosmin Boiangiu – am 23. September 2025 im Haus der EU, Wipplingerstraße 35, Wien. Anmeldung unter office@eb-austria.eu



FOKUS

Bewegtes Land, bewegte Welt

Rechtsruck, Kriege und die USA als unberechenbare Weltmacht: Die geopolitischen Verschiebungen und ihre Folgen für Europa sind schwer zu kalkulieren. In diesem A&W-Fokus versuchen wir, die Republik in diesem flexiblen Gefüge zu verorten und einzuordnen, was auf uns zukommt.



Sorgfalt auf Sparflamme

16 Das EU-Lieferkettengesetz sollte multinationale Unternehmen für die Konsequenzen ihres Wirtschaftens in die Pflicht nehmen. Doch nun rudert die EU-Kommission zurück und gibt offenbar dem Lobbyismus von Konzernvertretungen nach. Dabei steht viel auf dem Spiel.

„Wir brauchen ein stärkeres Europa“

20 Finanzminister Markus Marterbauer wechselte von der Arbeiterkammer in die Bundesregierung. Was der Ökonom über steigende Verteidigungsbudgets in Europa und über die Sorge um eine Deindustrialisierung in Österreich denkt, erklärt er im A&W-Interview.

Auf einen Blick

24 Der „Global Rights Index“ zeigt, in welchen Ländern Beschäftigte um ihre Rechte oder sogar ihr Leben bangen müssen. Gewerkschaften geraten weltweit unter Druck, auch in Ländern, die eigentlich für gute und sichere Gewerkschaftsbedingungen bekannt sind.

Eine Gratwanderung

26 Globale Krisen befeuern auch die österreichische Rüstungsindustrie. Während Aufträge und Profite steigen, lassen große Arbeitsplatzzuwächse auf sich warten. Gewerkschaften stehen indes vor dem Balanceakt zwischen Jobgarantie und historischem Friedensideal.

Handeln statt hoffen

29 Die frauenfeindliche Politik des US-Präsidenten Donald Trump ist der Auswuchs eines Phänomens, das auch in Europa um sich greift. Frauenrechte werden gezielt angegriffen – und damit die demokratische Arbeitswelt. Ein Kommentar von Eva Burger von der AK Wien.

Die Grenzgänger:innen

30 Was bedeutet es, in Österreich zu arbeiten, aber außerhalb des Landes zu leben? A&W hat sich zwei Branchen genauer angesehen, die ohne Arbeitskräfte aus dem Ausland einbrechen würden. Wichtig ist, dass diese Arbeitnehmer:innen über ihre Rechte informiert werden.



Sorgfalt auf Sparflamme

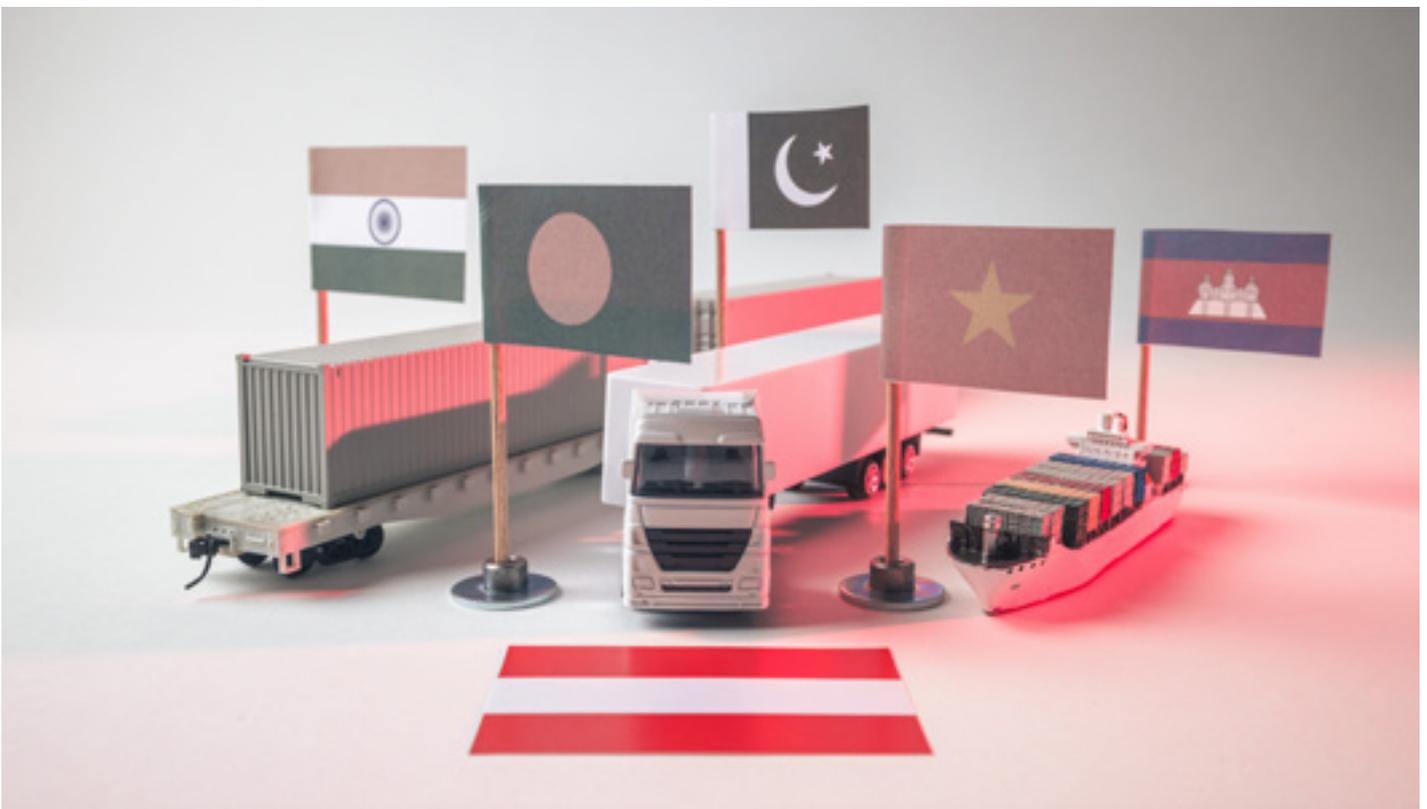
Die Lieferkette von Produkten unter die Lupe und multinationale Unternehmen in die Pflicht nehmen: Das war der Anspruch des EU-Lieferkettengesetzes. Doch jetzt soll alles anders kommen. Hinter dem Wandel stehen globale Entwicklungen – und das Lobbying von Konzernvertretungen.

TEXT SANDRA GLONING

In einer Halle in Bangladesch hat es 38 Grad. Die Luft ist stickig. Dutzende Menschen nähen im Akkord und produzieren die Kleidung, die wir tagtäglich tragen, die wir im Vorbeigehen in den Schaufenstern von Geschäften begutachten. Die meisten der Arbeitenden sind Frauen und Kinder. Immer wieder kollabieren Arbeiter:innen vor Erschöpfung und Hitze, Pausen sind in ihrem Zehn- bis Zwölf-Stunden-Tag kaum vorgesehen. Solche Szenen sind in der Textilproduktion keine Ausnahme, wie etwa

die Organisation „Climate Rights International“ in einem aktuellen Bericht festhält.

Und die Universität von Nottingham zeigte in einer heuer publizierten Studie: Auf 15 erwachsene Arbeiter:innen kommt in der Kleiderbranche in Bangladesch ein:e Minderjährige:r. Ein Fünftel dieser Kinder arbeitet in Fabriken, die für europäische Märkte produzieren. Alle befragten Minderjährigen waren illegal beschäftigt, ihre Arbeitsbedingungen waren prekär. Diese Kinder schaffen nur



selten den Sprung zurück in die Schule. Die Kinderarbeit prägt nicht nur ihre Kindheit, sondern auch ihr weiteres Leben.

Solche Produktionsbedingungen könnten mit dem im Juli 2024 in Kraft getretenen Lieferkettengesetz in Europa eingedämmt werden. Die damit gemeinte EU-Richtlinie „Corporate Sustainability Due Diligence Directive“ (CSDDD) besagt, dass bestimmte Unternehmen entlang der gesamten Lieferkette dafür sorgen müssen, dass Menschenrechte eingehalten und Umweltschäden vermieden werden. Erstmals in der EU könnten Unternehmen haftbar gemacht werden, wenn sie nicht ausreichend gegen Missstände vorgehen.

Die Richtlinie sollte beispielsweise Modeunternehmen dazu verpflichten, systematisch menschenrechtliche und umweltbezogene Risiken in ihrer gesamten Lieferkette zu identifizieren, zu bewerten und wirksame Maßnahmen zu deren Behebung zu ergreifen. Das Gesetz hätte nach einer Übergangsfrist ab Juli 2027 für Unternehmen mit mehr als 5.000 Beschäftigten und mehr als 1,5 Milliarden Euro Jahresumsatz gegolten. Bis 2029 wären über eine Staffelung dann im Endeffekt alle Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten und 450 Millionen Euro Umsatz in die Verantwortung gekommen. Verstöße würden vom Gesetzgeber mit Bußgeldern von bis zu 5 Prozent des Jahresumsatzes geahndet.

Stopp durch Omnibus

Hätte, wäre, könnte: Denn EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen will durch sogenannte Omnibus-Pakete dem Lieferkettengesetz die Zähne ziehen, bevor es Wirkung zeigen kann. Die Rechtsanpassungen sind umstritten, Gewerkschaften und NGOs betrachten sie etwa als ein Geschenk an Konzerne und als ein Ergebnis von Lobbying der Unternehmensvertretungen.

Gertrude Klaffenböck ist Koordinatorin der Clean-Clothes-Kampagne der Menschenrechtsorganisation Südwind. Die Textilindustrie gehört zu jenen Branchen mit den prekärsten Arbeitsbedingungen, für die das Gesetz signifikante Änderungen gebracht hätte. Klaffenböck erklärt: „Das EU-Lieferkettengesetz kann die Modebranche auf den Boden der Legalität des internationalen Menschenrechts bringen und zumindest teilweise einen Ausgleich gegenüber jenen Unternehmen schaffen, die jahrelang strafflos internationales Recht brechen konnten.“ Es sei in der aktuellen Fassung allerdings nur ein erster Schritt, um „arbeitende Menschen in ihrer Würde vor Missbrauch, Missachtung und Angriffen durch Dritte – wie wir sie in Arbeitsrechtsverletzungen in der Modeindustrie millionenfach täglich sehen – zu schützen und die handelnden Akteur:innen über Grenzen hinweg dafür zur Verantwortung zu ziehen.“

Während sich Unternehmen bereits für die neuen Vorgaben rüsteten, kam es bei der Europa-Wahl 2024 zu einer Veränderung der Mehrheiten im EU-Parlament. Die konservativen und rechten Parteien erhielten mehr Zuspruch. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten wurde die Wettbewerbsfähigkeit der EU in Brüssel sowie in



Das EU-Lieferkettengesetz sei notwendig, um Menschen in der Textilbranche vor Ausbeutung schützen zu können, betont Gertrude Klaffenböck von der NGO Südwind.

Straßburg zum Leitziel erkoren. Für Unternehmen soll es einfacher und günstiger werden, erklärte Intention ist, die Wirtschaft wieder anzukurbeln.

Und so wurde im Februar 2025 von der EU-Kommission ein Omnibus-Paket vorgeschlagen, das unter anderem die Lieferkettenrichtlinie vereinfachen soll. Ziel sei es nun, die Verfahren für Unternehmen zu entbürokratisieren. Von der Leyen erklärte in einem Schreiben Anfang des Jahres: „Der Inhalt der Gesetze ist gut. Wir wollen ihn erhalten, und wir werden ihn erhalten.“ Ziel sei es, die bürokratische Last zu reduzieren, ohne den Inhalt des Gesetzes zu verändern. Das Inkrafttreten des Gesetzes für die ersten großen Unternehmen wurde vorerst um ein Jahr verschoben.

Umbau im Eilverfahren

Der ÖVP-EU-Abgeordnete Lukas Mandl sitzt im zuständigen Ausschuss im Europaparlament und erklärt im Interview in Straßburg: „Wir haben hohe Standards in Europa – bei Arbeit, Gesundheit und vielem mehr. Und wir sehen den Bedarf, dass die Werte, die dahinterstehen, auch in anderen Teilen der Welt respektiert werden.“ Das würde man nicht durch Auflagen und Bürokratie erreichen, sondern durch außenpolitische Stärke, mit überzeugender Sicherheitspolitik und klarer Haltung.

„Die Idee, dass jeder Mensch gleich viel wert ist und eine Würde hat, die nicht verletzt werden darf – weder im Arbeitsprozess noch durch staatliche Instanzen –, wird nur dann attraktiv, wenn wir zeigen: Die Europäer:innen achten aufs Klima, halten Menschenrechte ein und sind trotzdem wirtschaftlich erfolgreich“, so Mandl. Der



ursprüngliche Entwurf des Lieferkettengesetzes sei durch knappe Mehrheiten angenommen worden, nun sei er ebenso durch knappe Mehrheiten auf Eis gelegt worden. „Das ist Demokratie.“

Die sozialdemokratische EU-Abgeordnete Evelyn Regner ist Teil eines der fünf Ausschüsse, die Stellungnahmen zum Omnibus-Paket abgeben. Sie erklärt: „Statt eines echten Dialogs mit allen relevanten Akteur:innen wurde ein Scheinkonsultationsprozess gestartet, in dem vorrangig Großkonzerne wie Total, ExxonMobil oder Pepsi angehört wurden, während Vertreter:innen der Zivilgesellschaft kaum eingebunden waren.“ Besonders enttäuschend sei, dass damit auch ein demokratiepolitischer Dammbreach stattgefunden habe: „Verträge, die zwischen Parlament und Rat bereits ausverhandelt und beschlossen waren, wurden plötzlich wieder infrage gestellt.“

Menschenrechts- und Umweltorganisationen sowie Gewerkschaften warnen ebenfalls vor dem Vorgehen. Die Gesetzesanpassungen würden im Eilverfahren durchgewunken, und die knappe Mehrheit für das Omnibus-Paket wurde durch einen Zusammenschluss der Europäischen Volkspartei (EVP) mit den Rechtsaußen-Fraktionen erreicht. Die deutsche EU-Abgeordnete Anna Cavazzini (Bündnis 90/Die Grünen), Vorsitzende des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, erklärte im Juni bei einer Diskussionsrunde in Brüssel: „Seit dieser Legislaturperiode ist Wettbewerbsfähigkeit das Wichtigste, und es wird versucht, alles abzuschließen, was mit dem Green Deal zu tun hat.“ Dem liege vor allem Lobbyismus zugrunde.

Thomas Waitz, Delegationsleiter der österreichischen Grünen, sagte am selben Tag: „In Brüssel ist das Verhältnis Zivilgesellschaft zu Industrie 1:100. Diese Omnibus-Pakete sind ein Angriff der Lobbys auf die Wünsche der Zivilbevölkerung, der nur mit einer gemeinsamen Abstimmung mit Rechtsaußen-Parteien möglich wurde.“

Valentin Wedl, Leiter der Abteilung EU und Internationales der AK Wien, sieht hier ganz klar wirtschaftliche Einflussnahme: „Der Hauptanteil liegt sicherlich bei den einflussreichen Unternehmenslobbys, die sich nachhaltigeren Geschäftsmodellen verweigern“, sagt er. „Bedauerlicherweise werden die von ihnen erzeugten Bilder oftmals sehr unreflektiert von den Medien übernommen.“ Die Lobbys multinationaler Konzerne hätten bewusst mit dem Narrativ der Entbürokratisierung gearbeitet und dabei einen Nerv getroffen: „Jede Person macht im Laufe ihres Lebens nicht nur die allerbesten Erfahrungen mit Bürokratie. Und so lässt sich diese leicht zum Sündenbock für alles Mögliche, was in der Wirtschaft nicht mehr funktioniert, stilisieren.“ Grundsätzlich sei es ein normales, liberales Prinzip, dass wer den Nutzen hat, auch für den Schaden aufkommen muss. Bringe man jemanden in eine Risikosituation, so müsse man auch haften, wenn etwas passiert, so Wedl. Und ein Risiko gebe es bei Produktionen, die nach Asien ausgelagert werden, ganz klar: „Es ist schon bemerkenswert, dass die Hauptproponent:innen des gegenwärtigen Kapitalismus einen zum naiven Weltverbesserer erklären, wenn man sich gegen Kinderarbeit und andere Extremformen von Ausbeutung engagiert.“

Forderungen von Unternehmen

Selbst Unternehmen wie Ikea Österreich, OekoStrom AG, Vöslauer, Eisbär Sportmoden GmbH, Ferrero, Nestlé, Unilever, Primark oder L'Occitane haben bei der EU-Kommission und im EU-Parlament urgiert, um das beschlossene Gesetz beizubehalten. In einem offenen Brief schreiben sie: „Wir sind besorgt darüber, dass das Gesetz zur unternehmerischen Sorgfaltspflicht politisch erneut aufgeschnürt wird. Teile der Richtlinie sind bereits in Kraft, und Unternehmen haben erhebliche Ressourcen investiert, um sich auf

die neuen Anforderungen vorzubereiten. Was sie jetzt brauchen, ist rechtliche Verlässlichkeit – keine politischen Machtspiele.“

Valentin Wedl erläutert dazu: „Unternehmen, die bereits umsonst vorgebaut und aufgerüstet haben im Vertrauen, dass die Rechtslage hält, stellen jetzt Ersatzansprüche. Sie haben unnötig Geld ausgegeben, es sollte hier eigentlich zivilrechtlichen Schadenersatz geben.“

Während in der EU noch diskutiert, verschoben und abgeschwächt wird, rattert in Bangladesch die Nähmaschine weiter. In einer stickigen Halle schiebt vielleicht gerade ein Kind Stoffbahnen unter eine Nadel. Das T-Shirt, das es näht, wird in wenigen Wochen in einem europäischen Laden hängen – vielleicht für fünf Euro. Der:die Fabriksbesitzer:in wird verdienen. Die Marke wird profitieren. Die Käufer:innen werden sagen: „Ein echtes Schnäppchen.“

Laut dem Bericht der Universität Nottingham berichtet fast ein Drittel der befragten Fabriksarbeiter:innen aus Bangladesch, mehr als zehn Stunden am Tag und sechs Tage pro Woche zu arbeiten – das ist mehr, als nach internationalem und auch nationalem Recht erlaubt ist. Das gilt als Hinweis auf Zwangsarbeit – einer modernen Form von Sklaverei.

Wünsche der Konsument:innen

Dazu, wie die neue Form der Lieferkettenrichtlinie aussehen wird, gibt es aktuell noch keine Information. Hier stünde man noch in Verhandlungen, so Lukas Mandl. Der PRO-GE-Bundesvorsitzende Reinhold Binder, zudem SPÖ-Nationalratsabgeordneter, hofft darauf, dass eine Rettung des Gesetzes auch unter dem Omnibus-Paket noch möglich ist. Nachdem die Wirtschaftslobby bereits viel Einfluss auf den ursprünglichen Entwurf genommen hat, befürchtet er, dass von der aktuellen Richtlinie wenig übrig bleiben wird: „Prinzipiell geht es um mehr Ehrlichkeit in der Diskussion. Wenn Unternehmen Kosten sparen wollen, dann soll man es klar sagen und nicht von Entbürokratisierung reden“, so Binder im Gespräch mit Arbeit&Wirtschaft.

Es sollten endlich keine Falschinformationen mehr über die ursprünglich geplante Richtlinie verbreitet werden, der Kampf gegen

Anzahl der Menschen, die weltweit von Zwangsarbeit betroffen sind

Quelle: International Labour Organization (2021)

28
Mio.




Valentin Wedl von der AK Wien ortet in den geänderten Lieferkettenregelungen die Einflussnahme von Unternehmenslobbys, „die sich nachhaltigeren Geschäftsmodellen verweigern“.

Desinformation müsse auch hier ausgetragen werden. „Wir haben überall die unsägliche Diskussion gehört, ob man künftig die Herkunft einer jeden verwendeten Büroklammer nachweisen muss. Das stimmt natürlich nicht, schürt aber Emotionen gegen die Richtlinie“, sagt Binder. Dabei wäre die Richtlinie im KMU-Land Österreich auf nicht einmal 0,1 Prozent der Unternehmen anwendbar, wie Binder betont. Unternehmen mit unter 1.000 Mitarbeiter:innen bzw. 450 Millionen Euro Jahresumsatz wurden bereits 2024 bei einem Kompromiss ausgenommen.

Binders Meinung nach handle man so auch gegen die Wünsche der Bürger:innen. „Konsument:innen wollen wissen, wo ihre Produkte herkommen, und Gewissheit haben, dass dafür niemand leiden muss oder zu Schaden kommt. Das heißt, wir brauchen Transparenz hinsichtlich dieser Dinge, denn nur so können Unternehmen eine systematische Risikobewertung vornehmen und ihren Kund:innen eine Entscheidungshilfe anbieten.“

Das bestätigt auch eine aktuelle Umfrage des Marktforschungsinstituts iVOX im Auftrag der Clean-Clothes-Kampagne und Südwind. 80 Prozent der Befragten in Österreich lehnen es ab, dass Unternehmen ihre Produktion in Billiglohnländer verlagern, ohne auf Menschenrechte zu achten.

Allerdings bleibt es an den Konsument:innen hängen, faire Produkte zu identifizieren. Wieder sollen die großen Probleme des globalen Wirtschaftssystems über individuelle Konsumententscheidungen gelöst werden, während der Gesetzgeber unternehmensfreundlichere Spielregeln ausarbeitet. Und während Unternehmen und Konsument:innen auf die neue Richtlinie warten, bleibt die Realität in den Fabriken unverändert. ▮

„Wir brauchen ein stärkeres Europa“

Markus Marterbauer wechselte im Frühling von der Arbeiterkammer in die Regierung. Was der nunmehrige Finanzminister über steigende Verteidigungsbudgets denkt und warum er die Sorge um eine Deindustrialisierung in Österreich für Angstmache hält, erklärt er im Interview.

TEXT SARAH KLEINER

Für die österreichische Bevölkerung ist er der neue sozialdemokratische Finanzminister. Für das Team von Arbeit&Wirtschaft ist er zudem der ehemalige Chefökonom der Arbeiterkammer, der das Magazin als Experte und zeitweise auch als Herausgeber prägte. Für die in schwarzen Anzügen gekleideten Securitys im Finanzministerium ist er schlicht „der Chef“: Markus Marterbauer ist seit einem halben Jahr Teil der österreichischen Bundesregierung. Im Sommer sprach er mit A&W über Finanzpolitik in einer dynamischen Welt und über ein Europa, das vor allem die eigene Souveränität und Widerstandsfähigkeit priorisieren sollte.

Arbeit&Wirtschaft: Herr Marterbauer, Sie sind ein Quereinsteiger in die Bundespolitik. Wie hat sich ihr Leben seit dem Regierungsantritt verändert?

Markus Marterbauer: Völlig – in den verschiedensten Dimensionen.

Inwiefern?

Zum einen ist man in der Politik viel mehr getaktet. Ich habe kaum noch Zeit zu schreiben. Das Einzige, was ich in den vergangenen Monaten geschrieben habe, war

meine Budgetrede. Früher habe ich zwei bis drei Texte im Monat verfasst. Mein Vorteil ist, dass ich mich als Finanzminister mit Themen beschäftige, mit denen ich auch in der Vergangenheit befasst war – Budget, Steuern, Wirtschaftsentwicklung, internationale Fragen. In dem Sinn tue ich mir etwas leichter, meine Expertenrolle weiterzuspielen.

Sie haben im Sommer die Debatte um staatliche Eingriffe in die Lebensmittelpreise angestoßen, um die Inflation zu bekämpfen. Von welchen Ländern können wir hier lernen und was?

Von Österreich! Beim letzten Energiepreisschock – der Erdölkrise der 1970er-Jahre – waren wir eines der Länder mit sehr niedriger Inflationsrate, im jetzigen Energiepreisschock, der Gaskrise, haben wir eine der höchsten. Natürlich hat sich die Welt in den vergangenen 50 Jahren weitergedreht, aber damals hat man sehr stark in Preise eingegriffen – und zwar indem die Sozialpartner reguliert haben, über den Preis-Unterausschuss der Paritätischen Kommission. Ich sage nicht, dass man das heute exakt genauso machen könnte wie damals, aber Länder, die versucht haben, in

der Teuerungskrise in Preise einzugreifen, sind besser durch die Krise gekommen als Österreich.

Zum Beispiel?

Spanien etwa, mit verschiedenen Maßnahmen wie Eingriffen in die Energiepreise. Bei den Lebensmittelpreisen wurde über die Steuerpolitik gelenkt und Ähnliches. Spanien ist auch in Hinblick auf das Budget besser durch die Krise gekommen, und damit ist der unmittelbare Konnex zum Finanzministerium da. Unser Problem ist, dass das Nicht-in-den-Griff-Bekommen der Inflationsrate in den vergangenen Jahren auch eine der wichtigsten Ursachen für das hohe Budgetdefizit ist, das wir abzarbeiten haben. Das wirtschaftspolitische Versagen der vorigen schwarz-grünen Regierung äußert sich auch darin. Wir müssen die Scherben aufkehren, das Budget sanieren und gleichzeitig versuchen, eine makroökonomisch bessere Politik zu machen.

In der EU wird Rüstung als Wirtschaftsmotor gehandelt. Wie stehen Sie dazu?

Um die Wirtschaft zu fördern, muss man nicht *mehr* in Verteidigung investieren. Da investiert man besser in den Ausbau der

A portrait of Markus Marterbauer, a middle-aged man with grey hair and glasses, wearing a light-colored blazer over a blue patterned shirt. He is standing in front of a blurred background featuring the European Union flag (blue with yellow stars) and a red flag. The text is overlaid on a white rectangular box in the lower-left quadrant of the image.

Der studierte Volkswirt Markus Marterbauer, geboren 1965 in Schweden, leitete ab 2011 die Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Arbeiterkammer Wien. Neben anderen Positionen war er vor Eintritt in die Bundesregierung Vizepräsident des Fiskalrats und Mitglied im Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen.



„Das BIP wird in Bezug auf die Frage, wie es den Menschen und den Unternehmen im Land geht, überbewertet“, sagt Finanzminister Marterbauer beim Interview in Wien.

Mobilitätsnetze, bessere Energieinfrastruktur, mehr Pflegeversorgung, mehr Qualifizierung – das hat bessere ökonomische Effekte. Dennoch ist es unter den jetzigen geopolitischen Rahmenbedingungen wichtig, Europa zu stärken – wirtschaftlich, sozial und in vielen anderen Dimensionen, auch militärisch. Das macht uns unabhängiger von internationalen Disruptionen, seien es die Expansionsgelüste Russlands oder die Strategien Chinas. Aber nur wegen des ökonomischen Effekts brauchen wir keine zusätzlichen Verteidigungsausgaben.

Sie befürworten die steigenden Verteidigungsbudgets aber grundsätzlich?

Europa muss in der Frage der Verteidigung mehr auf eigenen Beinen stehen. Das ist eine Finanzierungs- und eine Koordinationsfrage: Gelingt es, die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsländern in der EU zu stärken? Österreich wird sich aufgrund seines Neutralitätsstatus in der Frage zurückhalten, aber grundsätzlich glaube ich, dass wir ein stärkeres Europa brauchen – auch damit das Pentagon bei uns nicht die Macht in verteidigungspolitischen Fragen hat. Die enge Zusammenarbeit hat dann vielleicht auch den Effekt, dass man stärker koordiniert, wer Rüstungsaufträge bekommt. Wenn das europäische Unter-

nehmen sind, hat man vielleicht einen ökonomischen Effekt.

Wie kann man Europa ansonsten stärken?

Das ist relativ leicht: 80 Prozent der in der EU erzeugten Güter und Dienstleistungen werden innerhalb des EU-Binnenmarkts verbraucht. Das heißt, der wichtigste Handelspartner Europas ist Europa, und den müssen wir stärken, um resilienter und unabhängiger zu werden von den Unwägbarkeiten der Weltwirtschaft. Deshalb bin ich auch ein glühender Europäer.

„Europa muss in der Frage der Verteidigung mehr auf eigenen Beinen stehen.“

Markus Marterbauer

Es wäre katastrophal, hätten wir als kleines Österreich mit den USA unsere Zölle verhandeln müssen. Wir hätten die besten Argumente gehabt und dennoch verloren. Man muss sich nur die Schweiz ansehen. Ich bin froh, dass Europa Verhandlungen auf dieser Ebene führt. Da wird man mit dem Ergebnis nicht in jeder Hinsicht zufrieden sein, aber es ist viel besser, als wenn die Mitgliedsländer einzeln verhandelt hätten.

Wie wirken sich die höheren US-Zölle auf die österreichische Konjunktur aus?

Grundsätzlich negativ, aber nicht in einem starken Ausmaß, eben weil unsere wichtigsten Handelspartner in Europa sind. Das Hauptproblem ist die Verunsicherung: Unternehmen investieren weniger, weil sie nicht wissen, wie die Rahmenbedingungen im nächsten halben Jahr sein werden. Wir brauchen Stabilität in Europa und müssen alles zur Stärkung der Binnennachfrage in Österreich unternehmen. Wir sind kein reines Exportland, die Konsumnachfrage der privaten Haushalte ist fast gleich groß wie der Export von Gütern und Dienstleistungen. Wir müssen bei beiden schauen, dass sie florieren.

Der Produktionssektor in Österreich bezeichnet Rückgänge, teils ist die Rede von einer Deindustrialisierung. Sie sprechen da von Panikmache.

Ja, wir erleben keine Deindustrialisierung. Die österreichische Industrie macht ein Fünftel der gesamten Wertschöpfung aus und ist seit dem Jahr 2000 um mehr als 60 Prozent gewachsen, die deutsche etwa um 10 Prozent. Es gab eine Rezession und die zurückhaltende internationale Investitionsnachfrage hat unseren stärksten Sektor – den Maschinen- und Anlagenbau, also den Metallbereich – getroffen. Aber der langfristige Erfolg der Industrie hängt davon ab, ob sie die Transformation zur Treibhausgasneutralität schafft, und wir müssen sie in der Wirtschaftspolitik dabei unterstützen. Dafür braucht es günstigen Strom aus erneuerbaren Quellen und mehr Qualifizierungs- und Weiterbildungsanstrengungen auf dem Arbeitsmarkt.

Der österreichische Budgetplan sieht Kürzungen bei der Entwicklungszusammenarbeit und beim Auslandskatastrophenfonds vor. Lassen wir damit nicht Menschen, etwa im Globalen Süden, im Stich?

Wir haben in der Budgetsanierung viele schmerzliche Kürzungen, die unangenehm sind. Ich habe immer gesagt, wir können

„Der wichtigste Handelspartner Europas ist Europa, und den müssen wir stärken, um resilienter und unabhängiger zu werden von den Unwägbarkeiten der Weltwirtschaft.“

Markus Marterbauer, Finanzminister

das Budget nicht konsolidieren, ohne dass es jemand merkt. Wir bemühen uns sehr, die Verteilungswirkungen erträglich zu halten, wir schauen vor allem im steuerlichen Bereich, dass auch die ökonomisch Bessergestellten zur Konsolidierung beitragen, aber in vielen Bereichen treffen wir Leute, die es schwer haben.

Hierzulande versuchen wir, mit Offensivmaßnahmen gegenzusteuern. Mir ist bewusst: Die Nichtvalorisierung der Familienbeihilfen trifft ärmere Familien, aber gerade dort investieren wir in Form des zweiten verpflichtenden und kostenlosen Kindergartenjahrs, der Deutschförderung, des Chancenbonus in den Schulen und einer besseren psychosozialen Versorgung von Kindern und Jugendlichen.

Sehen Sie nicht die Gefahr, dass die Wähler:innen die SPÖ bei der nächsten Nationalratswahl als „Spartartei“ abkanzeln könnten?

Nein, das wird nicht der Fall sein. Wir haben ein schweres und unangenehmes Erbe, aber wir beweisen wirtschaftspolitische Kompetenz, indem wir in der Lage sind, das Budget zu sanieren. Wir haben gleichzeitig eine Reihe an Offensivmaßnahmen auf dem Arbeitsmarkt, im Gesundheitsbereich, im Bildungsbereich, wo die Menschen sehen werden, dass wir versuchen, das Leben besser zu machen. Ich bin sicher, dass wir mit dieser Politik reüssieren werden.

Der „Ageing Report“ der EU besagt, dass sich der staatliche Zuschuss zu den Pensionen gemessen am BIP bis 2070 nur geringfügig verändern wird. Von welchem BIP geht man bis 2070 aus? Kann man das zuverlässig prognostizieren?

Das basiert auf Annahmen. Für mich ist das Wachstum des BIP nicht die entscheidende ökonomische Größe. Das BIP wird in Bezug auf die Frage, wie es den Menschen und den Unternehmen im Land geht, völlig überbewertet. Ich gehe davon aus, dass wir bestimmte ökonomische Ziele verfolgen, wie gerechte Verteilung, nachhaltigen Umwelt- und Klimaschutz, stabile Preise, gute Entwicklung der Produktion und noch viele andere mehr, und das bildet sich viel besser in einer Wohlstandsorientierung ab, mit der man verschiedene Ziele gleichzeitig verfolgt. Das BIP und das Wirtschaftswachstum sind bestenfalls ein Instrument, um die Ziele des Wirtschaftens zu erreichen, aber niemals selbst ein Ziel.

Die Arbeitslosigkeit in Österreich steigt. In Ihrem Buch „Angst und Angstmacherei“ aus dem Jahr 2022 beschreiben Sie eine Abwärtsspirale: Steigende Arbeitslosigkeit bewirkt Angstsparen in der Bevölkerung, was die Konjunktur dämpft und in weiterer Folge wiederum die Arbeitslosigkeit steigen lässt. Erleben wir das gerade?

In dieser Spirale waren wir 2023/2024, als Arbeitslosigkeit und Sparquote stark

stiegen, sind aber gerade dabei, sie zu verlassen. Das ist nicht unmittelbar auf die Bundesregierung zurückzuführen, aber unser Kurs – die Fakten klar analysieren, im Kompromiss entstehende Lösungen, ein Rahmen, wo wir mittelfristig hinwollen – trägt zur Stabilisierung bei. Uns fehlen die finanziellen Spielräume, um stark zu einem Konjunkturaufschwung beizutragen. Aber wenn die Rezession durch Unsicherheit bei den privaten Haushalten ausgelöst wird und durch Unternehmen, die nicht investieren, dann hilft eine stabile, sachorientierte Wirtschaftspolitik.

Sie propagieren eine „Wirtschaftspolitik der Hoffnung“. Welche Rolle spielt die Stimmung, die eine Regierung verbreitet, zum Beispiel auch für Märkte?

Eine essenzielle. Man kann es im Moment schön sehen: Die größte Oppositionspartei betreibt eine Politik der Destabilisierung, der Verunsicherung, der Angstmacherei. Das ist eine bewusste Strategie, die die Fakten negiert und Unsicherheit erzeugen will, weil man dann leichter mit den eigenen Botschaften durchkommt und vor allem mit den Interessen, die gegen die breite Masse der Bevölkerung gerichtet sind – die arbeitenden Menschen. Die Regierung versucht, dem eine Politik der Stabilität und Zusammenarbeit entgegenzusetzen sowie Sicherheit und Planbarkeit zu ermöglichen. Daraus entsteht im besten Fall Hoffnung auf eine bessere Zukunft. ▀

Welt der G

Österreich hat mit 98 Prozent eine hohe KV-Abdeckung und starke Gewerkschaften. Auch hier erscheint die Republik als Insel der Seligen, wie der „Global Rights Index“ zeigt. Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB/ITUC) untersucht dabei jährlich die Situation der Arbeitnehmer:innen weltweit.

ISLAND ✓

Island hat eine hohe Tarifvertragsdichte und mit **90 Prozent** den **höchsten gewerkschaftlichen Organisationsgrad weltweit**. Von den Gewerkschaften werden aber immer wieder Verstöße gegen Tarifverträge, zu niedrige Löhne sowie die steigende soziale Ungleichheit kritisiert.

DÄNEMARK ✓

Das Arbeitsrecht ist reduziert, und die **Sozialpartner regeln Belange der Arbeitswelt**. Maßnahmen wie Streiks wird Freiraum gegeben. Allerdings hat Dänemark das gesetzliche Pensionsantrittsalter kürzlich auf 70 Jahre angehoben. Es gilt ab 2040 und ist das höchste in Europa.

ÜBER DEN IGB

Im Juni gehörten dem Internationalen Gewerkschaftsbund laut Eigenangabe **344 Gewerkschaften** aus **171 Ländern und Territorien** an. Er repräsentiert damit über **190 Millionen Arbeitnehmer:innen** weltweit.

NIGERIA ✗

Gewerkschafter:innen sind **schweren Einschüchterungen und Repressionen** ausgesetzt. Im Juni 2024 erklärte die Regierung einen vom Nigerian Labour Congress (NLC) geplanten Generalstreik für illegal, das Hauptquartier des NLC wurde von bewaffneten Sicherheitskräften durchsucht.

Gegensätze



Das Ranking weist Länder aus, in denen Beschäftigte um ihre Rechte und teils sogar ihr Leben bangen, und verdeutlicht: Gewerkschaften sind zunehmend politischen Angriffen und Repressionen ausgesetzt. Selbst in den als sicher ausgewiesenen Ländern ist nicht alles eitel Wonne.

SCHWEDEN



Schweden weist einen hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad auf, etwa **70 Prozent der Arbeitnehmer:innen sind Gewerkschaftsmitglieder**. Arbeitsbeziehungen sind relativ konfliktfrei. Doch das Land stimmt sich gemeinsam mit Dänemark gegen die EU-Mindestlohnrichtlinie.

BELARUS



Gewerkschaftsführer:innen und -mitglieder werden aufgrund von Scheinanklagen inhaftiert und unabhängige Gewerkschaften aufgelöst. **Propagandakampagnen des Regimes verurteilen Gewerkschaften als „extremistische“ und „terroristische“ Organisationen.**

MYANMAR



2021 führte das Militär einen Putsch durch. Die Bilanz seitdem: Insgesamt wurden 151 Gewerkschafter:innen verhaftet, zwei verbüßen lebenslange Haftstrafen, einer wurde hingerichtet. Die Junta hat die meisten **unabhängigen Gewerkschaften faktisch verboten.**

Eine Gratwanderung



Globale Krisen befeuern die Rüstungsindustrie, auch in Österreich. Während Aufträge und Profite steigen, stehen Gewerkschaften vor dem Balanceakt zwischen Jobgarantie und Friedensideal.

TEXT MILENA ÖSTERREICHER

Zerbombte Häuser in der Ukraine, hungernde Zivilbevölkerung im Gazastreifen, flüchtende Menschen im Sudan: Die Bilder aktueller Kriege sind allgegenwärtig. Sie prägen Schlagzeilen und diplomatische Gipfel – und, zynisch formuliert: Sie lassen auch die Kassen der Rüstungsindustrie klingeln. Wo Krisenherde nicht abklingen, steigt die Nachfrage nach Panzern, Drohnen und militärischen Fahrzeugen.

Auch in Österreich, das sich gesetzlich zur Neutralität verpflichtet hat, ist das Thema Aufrüstung präsenter denn je, zumal auch die Europäische Union Milliarden für Verteidigung mobilisieren möchte. Im Frühjahr kündigte Kommissionspräsidentin Ursula von der

Leyen an, bis zu 800 Milliarden Euro für Rüstungsinvestitionen bereitzustellen: als Reaktion auf den Krieg in der Ukraine und wachsende Unsicherheit hinsichtlich der Sicherheitsgarantien der USA.

Während auf europäischer Ebene über Summen historischen Ausmaßes gesprochen wird, zog auch Österreich Konsequenzen: Die Bundesregierung beschloss 2022, im Jahr des russischen Angriffs auf die Ukraine, ein Sonderbudget für das Bundesheer. Bis 2027 sollen die jährlichen Militärausgaben auf 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und damit auf rund fünf Milliarden Euro steigen. Im Vergleich zu NATO-Staaten, die die Fünf-Prozent-Marke anpeilen, wirkt das moderat. Für Österreich, wo die Aus-



gaben 2018 noch bei 0,6 Prozent lagen, ist es jedoch eine Zäsur. Jahrzehntlang galt das Bundesheer als Helfer bei Hochwasser und Blauhelm-Missionen, nicht als Symbol militärischer Stärke.

Rüstungsindustrie in Österreich

Von der allgemeinen Aufrüstung profitieren auch heimische Betriebe. Rund 150 Unternehmen sind in dem Bereich tätig und erwirtschaften rund 3,3 Milliarden Euro pro Jahr. Das Geschäft ist kein Selbstläufer, da Betriebe, wenn sie in die Rüstungsbranche einsteigen wollen, strengere Standards erfüllen müssen als in der zivilen Industrie.

Der österreichische Waffenhersteller Steyr Arms liefert Schusswaffen an das Bundesheer und weltweit an Militärs und Polizei. Der deutsche Rüstungskonzern und Automobilzulieferer Rheinmetall baut in Österreich Lkws. Die einstige Steyr-Daimler-Puch Spezialfahrzeug produziert als Teil des US-Konzerns General Dynamics Radpanzer. Auch in den Werkshallen von Steyr Motors brummt die Produktion. Die Motoren aus Oberösterreich werden etwa in Schiffen und Mannschaftstransportern verbaut, Letztere dienen häufig militärischen Zwecken. „Der Rüstungsboom steht uns noch bevor“, heißt es von Unternehmensseite. Die dafür neu geschaffenen europäischen und internationalen Budgets würden in den nächsten Jahren für eine entsprechende Nachfrage sorgen.

Im ersten Halbjahr 2025 stieg die Belegschaft von 115 auf 135 Beschäftigte. Man profitiere von Fachkräften aus dem schwächelnden Automobil-Sektor, habe einen Auftragsbestand von über 300 Millionen Euro bis 2030 und könne den Output ohne großen zusätzlichen Investitionsaufwand durch weitere Schichten in etwa verdreifachen.

Dem Unternehmen drohte 2018 die Insolvenz. Nach der Übernahme durch die Münchner Beteiligungsgesellschaft Mutares, ein Restrukturierungsprogramm und Personalabbau verzeichnet das Unternehmen heute wieder ein deutliches Wachstum.

„Die Mitarbeiter:innen sind sehr froh, dass wir wieder in einer stabilen Lage sind“, berichtet Betriebsrat Martin Brandner. Besonders geschätzt wird die Vier-Tage-Woche, die seit 2019 in der Produktion praktiziert wird. Doch er gibt auch zu: „Natürlich ist ein gewisser Konflikt da, wenn man weiß, dass manche der eigenen Produkte im Krieg eingesetzt werden. Aber am Ende arbeiten wir hier, weil es ein sicherer und guter Job bei uns in der Region ist.“

Wirtschaftsfaktor Aufrüstung

Aber kann Aufrüstung generell ein Job- und Wirtschaftsmotor sein? Ökonomische Studien zeigen, dass Militärausgaben im Vergleich zu klassischen öffentlichen Investitionen geringere Multiplikatoreffekte entfalten. Das heißt, sie haben nur beschränkt weitere Ausgaben, Investitionen oder wirtschaftliche Aktivitäten zur Folge. Investitionen in Forschung etwa können Innovationen stärken, von denen wie-



„Wir als Gewerkschaft werden uns immer im Interesse der Arbeitnehmer:innen für Frieden einsetzen“, sagt Martina Schneller, Leiterin der Internationalen Abteilung der PRO-GE.

derum die industrielle Entwicklung profitiert. Investitionen in den Schienenverkehr erleichtern unter anderem den Transport von Waren, was die Wirtschaftstätigkeit ankurbelt. Bei Panzern oder Munition hält sich dieser Effekt für die Gesamtwirtschaft in Grenzen.

Laut Goldman Sachs Research 2025 liegt der Multiplikator zusätzlicher EU-Verteidigungsausgaben bei 0,5 über zwei Jahre. Das heißt: Ein Euro an Militärausgaben erzeugt nur rund die Hälfte an zusätzlicher Wirtschaftsleistung. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft betont, dass die Wirkung entscheidend davon abhängt, wo und wie die zusätzlichen Rüstungsausgaben getätigt werden. Würde Europa seine Beschaffung stärker auf eigene Produktionsketten stützen und von Importen – etwa aus den USA – abrücken, könnte ein Ausgabenanstieg das europäische Wirtschaftswachstum erhöhen. Bleibt die aktuelle Importabhängigkeit jedoch bestehen, verpufft der konjunkturelle Effekt weitgehend.

Für Gewerkschaften ist die allgemeine Aufrüstung ein doppeltes Dilemma: Einerseits vertreten sie die Beschäftigten in einer Branche, die aktuell auf dem Gewinnpfad ist und sichere Jobs verspricht. Andererseits sind sie historisch Teil der Friedensbewegung.

„Wir als Gewerkschaft werden uns auch immer im Interesse der Arbeitnehmer:innen für Frieden einsetzen. Kriege und militärische Konflikte verursachen menschliches Leid und entziehen den Arbeitnehmer:innen, die wir vertreten, die Existenzgrundlage“, sagt Martina Schneller, Leiterin der Internationalen Abteilung der PRO-GE. „Wir waren immer Teil der Friedensbewegung und sprechen uns auch gegen eine Militarisierung und eine Erhöhung der Rüstungsausgaben aus.“ Diese würden eher zulasten der dringend nötigen Investitionen zur Stärkung der industriellen Basis wie etwa in Stahl oder Elektronik gehen.



„Die Mitarbeiter:innen sind sehr froh, dass wir wieder in einer stabilen Lage sind“, berichtet Martin Brandner, Betriebsrat bei Steyr Motors.

Gerade die österreichische Neutralität begünstigt eine Positionierung als Standort für Peace Tech, das heißt für den Einsatz von neuen Technologien zur Verhinderung von Konflikten. Das könnten etwa Frühwarnsysteme sein, die mittels Datenanalyse und KI Gewaltpotenzial früh erkennen, oder Innovationen im Bereich Cybersicherheit.

Zudem sehe man auch, dass der Rüstungswettlauf nicht unbedingt mehr Arbeitsplätze bringt. „Es kommt eher zu einer Verdichtung der Arbeit und zu mehr Überstunden“, sagt Schneller. Mehr Gewinn bedeute oft ganz einfach mehr Ausschüttung an die Aktionär:innen. Sascha Ernszt, PRO-GE Landesgeschäftsführer von Wien, ergänzt: „Leider ist es auch noch immer gängige Praxis, über Leihfirmen Personal einzustellen, da sich Unternehmen den Recruiting-Prozess ersparen und ungeeignetes Personal unbürokratisch loswerden.“

Auf europäischer Ebene beobachtet Isabelle Barthès diese Entwicklung. Sie ist stellvertretende Generalsekretärin von industriAll Europe, dem europäischen Gewerkschaftsverband für Beschäftigte der Industrie. „Trotz aller politischen Ankündigungen sehen die Unternehmen bisher keinen großen Schub an Investitionen. Was wir sehen, sind mehr Schichten, mehr Leiharbeit, mehr Druck – aber keine nachhaltigen Strukturen.“

Hinzu kommt die Sorge, dass die Finanzierung der Aufrüstung andere Bereiche verdrängt. Schon jetzt fließen EU-Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds sowie aus der Aufbau- und Resilienzfazilität, die seit 2020 Investitionen in die grüne und digitale Transformation fördern soll, in Verteidigung. Wenn für Panzer Milliarden „gefunden“ werden, während Schulen und Spitäler um Mittel kämpfen, wird das Vertrauen der Bevölkerung auf eine harte Probe gestellt. „Wir sehen in vielen Ländern, dass Verteidigungsausgaben mit Kürzungen an anderer Stelle gegenfinanziert werden“, sagt Isabelle Barthès. In Belgien etwa habe die Regierung Budgetkürzungen angekündigt, einen Tag nachdem sie sich beim NATO-Gipfel zu 5 Prozent Verteidigungsausgaben bekannt habe. „Das erzeugt

massiven Unmut, gefährdet das Vertrauen in die Politik und trägt auch zum Erstarken der extremen Rechten bei“, warnt sie.

Flexibilisierung der Arbeitsstandards

Zudem stehen aktuell arbeitsrechtliche Standards auf dem Spiel. Mit dem „Defence Industrial Readiness Act“ will die EU-Kommission Genehmigungen und Beschaffungen im Verteidigungsbereich beschleunigen, auch durch Änderungen im Umwelt- und Chemikalienrecht. Die Rede ist von „gezielter Flexibilität“. Gewerkschaften warnen jedoch vor einer schleichenden Aushöhlung von Arbeitnehmer:innenrechten. Besonders die geplante Flexibilisierung der Arbeitszeitrichtlinie stößt auf Kritik.

„Wir müssen aufpassen, dass es durch das Narrativ der Militarisierung nicht zu einem Abbau der Sozialrechte kommt“, warnt Martina Schneller von der PRO-GE. Sie betont auch die soziale Dimension von Sicherheit. Diese dürfe nicht allein in Militärbudgets gemessen werden. Sie bedeute auch, Zugang zu Gesundheitsversorgung zu haben oder einer Arbeit nachzugehen, die nicht krank macht.

Österreich steht hier nun wie viele andere Länder vor einem Balanceakt. Milliarden fließen in Rüstung, während Investitionen in Schulen, Kinderbetreuung oder Klimainfrastruktur stocken. Der Rüstungsboom wird Arbeitsplätze sichern, offen bleibt, wie viele er schaffen kann, die langfristig bestehen. Er wird die Industrie vielleicht stabilisieren, aber nicht transformieren. Und er wird Budgets binden, die an anderer Stelle fehlen.

Schneller erinnert an das historische Prinzip, dass Weltfrieden nur auf dem Boden sozialer Gerechtigkeit begründet werden kann. So stand es 1919 bereits im Versailler Vertrag zur Gründung der Internationalen Arbeitsorganisation. Und dies scheint heute angesichts steigender Militärausgaben, wachsender sozialer Ungleichheit und ungelöster globaler Krisen aktueller denn je. ▀

Handeln statt hoffen

Die frauenfeindliche Politik des US-Präsidenten Donald Trump ist der Auswuchs eines Phänomens, das auch in Europa um sich greift: des Angriffs auf Frauenrechte und damit auf die demokratische Arbeitswelt.

Donald Trump ist zurück auf der „frauenpolitischen“ Bühne – mit einer Präsidentenverfügung vom 23. Juli 2025, in der er künstliche Intelligenz von Begriffen wie Diversität, Gleichstellung und Inklusion „säubern“ will. Dies ist Teil eines autoritären Weltbilds, das gezielt Frauen und marginalisierte Gruppen unter Druck setzt. Die Auswirkungen reichen längst über die USA hinaus.

Schon in seiner ersten Amtszeit griff Trump massiv in Frauenrechte ein: Die Besetzung des Supreme Court mit konservativen Richter:innen ebnete den Weg für die Abschaffung des bundesweiten Rechts auf Schwangerschaftsabbruch. Internationale Organisationen, die für reproduktive Rechte kämpfen, wurden durch die Verschärfung der sogenannten „Global Gag Rule“ finanziell ausgetrocknet. Gleichberechtigungsstellen in US-Behörden wurden geschwächt oder aufgelöst.

Trumps Botschaft ist klar: Inklusion ist störend, Gleichstellung übertrieben, und wer für Frauenrechte eintritt, gehört zum „woken Mob“. Diese Rhetorik ist gefährlich – auch, weil sie Nachahmer:innen findet. Autoritäre Kräfte weltweit arbeiten mit den gleichen Mitteln: Polarisierung, dem Schaffen von Feindbildern und der Einschränkung sozialer wie demokratischer Rechte.

Auch in Europa und Österreich lässt sich diese Entwicklung beobachten:

Gleichstellung wird als „Gender-Ideologie“ diffamiert, feministische Anliegen als überholt abgetan. In der Arbeitswelt erleben wir das in Form von Genderverboten, Teilzeit-Bashing oder rückwärtsgewandten „Herdprämien“-Modellen, die Frauen in den Haushalt verbannen sollen. Frauen werden aus der Sprache gedrängt und ihrer Sichtbarkeit und Mitbestimmung beraubt – oft schleichend, aber systematisch.

Das ist kein Kulturkampf an der Seitenlinie – das ist ein Angriff auf die Arbeitswelt von heute. Denn wer Vielfalt und Gleichstellung bekämpft, trifft auch zentrale Fragen der Arbeits- und Sozialpolitik: faire Bezahlung, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, gleiche Chancen für alle Beschäftigten. Es braucht jetzt ein klares Bekenntnis zur Gleichstellung.



EVA BURGER

leitet die Abteilung für Frauen und Gleichstellungspolitik der AK Wien und beschäftigt sich u. a. mit Gleichstellung und Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt.

Unternehmen sollten Diversity-Programme nicht nur intern umsetzen, sondern auch öffentlich verteidigen. Für Betriebsrät:innen bedeutet das, Gleichstellung als Teil betrieblicher Mitbestimmung zu stärken – und nicht als „Nebenthema“ zu behandeln.

Statt Symbolpolitik bedarf es effektiver Maßnahmen, wie verpflichtender Lohntransparenz, fairer Bezahlung in systemrelevanten – oft weiblich geprägten – Berufen wie Pflege und Reinigung sowie eines massiven Ausbaus von Kinderbetreuung. Schuldzuweisungen an Frauen in Teilzeit, wie sie im Sommer aus dem Wirtschaftsministerium zu vernehmen waren, lösen keine strukturellen Probleme.

Frauenberatungsstellen, Gewaltschutz-einrichtungen und feministische Initiativen leisten in diesem Sinne auch für die Arbeitswelt unverzichtbare Arbeit. Sie brauchen eine verlässliche Finanzierung und politischen Rückhalt auf allen Ebenen.

Hoffen allein reicht nicht. Frauenrechte sind ein Kernstück demokratischer Arbeitsverhältnisse. Wer Vielfalt, Gleichstellung und soziale Gerechtigkeit schwächt, schwächt unsere Solidarität, Mitbestimmung und Gerechtigkeit in der Arbeitswelt. Wenn wir zulassen, dass Gleichstellung verächtlich gemacht wird, wird Schweigen zur Komplizenschaft. Frauenrechte sind Menschenrechte – und wir verteidigen sie nicht mit Hoffnung, sondern mit Taten. ▀



Die Grenzgänger:innen

In Österreich arbeiten, aber außerhalb des Landes leben: A&W hat sich zwei Branchen genauer angesehen, die ohne Arbeitskräfte aus dem Ausland einbrechen würden. Wichtig ist hier, Arbeitnehmer:innen über ihre Rechte zu informieren, um ihnen möglichst faire Arbeitsbedingungen in Österreich zu ermöglichen.

TEXT SARAH KLEINER



Wie hoch ist Frau B.s Blutdruck? Blaženka Marić (rechts) lebt in Bosnien und arbeitet als 24-Stunden-Betreuerin in Österreich.

Die emotionale Distanz zu deiner Familie wird von Turnus zu Turnus größer, ob du willst oder nicht“, sagt Blaženka Marić. „Du lebst in zwei Welten.“ Die 24-Stunden-Betreuerin verbringt abwechselnd 14 Tage bei ihrer Klientin im niederösterreichischen Mödling und fährt dann für zwei Wochen heim nach Bosnien-Herzegowina. Dort warten ihr Ehemann und zwei der drei Söhne, die noch zu Hause leben, auf sie. Die Männer würden sie immer erst einmal ausschlafen lassen, aber es gehe dann schnell wieder los mit dem Alltag. „Organisatorisch wartet alles auf dich: der Haushalt, die Kinder, Termine. Das ist emotional schon belastend auf Dauer.“

Die 51-Jährige ist seit sieben Jahren wie rund 57.000 weitere Personen in Österreich als selbstständige Personenbetreuerin tätig. Über 90 Prozent davon sind Frauen, mehr als 97 Prozent kommen laut Zahlen der WKO aus anderen Ländern, die meisten aus Rumänien, der Slowakei und Ungarn. Sie pendeln und verbringen immer nur einige Wochen in Österreich. Ohne diese Arbeitskräfte wäre es nicht möglich, die Betreuung von pflegebedürftigen Menschen in Österreich zu bewerkstelligen.

Herrinnen der Lage

Marić' Klientin, Frau B., sitzt in ihrem Rollstuhl vor dem Esstisch in der Mitte der großräumigen Wohnküche. Vor zwei Jahren musste sich die 87-jährige Witwe einer Herzoperation unterziehen, während der sie einen Schlaganfall erlitt. Seither ist sie ein Pflegefall der Stufe fünf, insgesamt gibt es sieben. An der Wand hängt ein Schild: „Herrin der Lage“ ist darauf zu lesen. „Das Sagen haben hier mittlerweile die Betreuerinnen“, sagt Frau B. und lacht. Nach einigen anderen 24-Stunden-Betreuerinnen ist vor einigen Monaten Marić zu ihr gekommen. „Blaža, bringst du bitte die Teller und Gabeln?“, sagt Frau B. zu ihr.

Marić bringt Gugelhupf und Kaffee an den Tisch. Abgesehen vom Zubereiten des Essens ist sie als 24-Stunden-Betreuerin dafür verantwortlich, Frau B.s Blutdruck zu messen. Sie schachtelt Medikamente ein, hilft Frau B. aus dem Bett, wenn sie morgens aufsteht, wäscht sie, zieht sie an. Sie geht für Frau B. einkaufen und macht täglich mit ihr einen Spaziergang oder besucht ein Kulturereignis, mal ein Konzert, mal ein Theaterstück, sofern es etwas Barrierefreies gibt. Marić ist wie der Großteil der Betreuer:innen selbstständig und erhält für ihre Arbeit 100 Euro pro Tag – brutto, denn davon muss sie rund ein Viertel an die Sozialversicherung abführen und gegebenenfalls auch Einkommensteuer zahlen.

„Als wir 2018 und 2019 begonnen haben, die Branche zu organisieren, hatten wir teilweise Betreuer:innen mit Tageshonorarsätzen von 30 Euro“, sagt Yvonne Heuber. „Mittlerweile sind die Honorare gestiegen, daran kann man auch gut den Pflegenotstand ablesen.“ Heuber ist Geschäftsführerin des Vereins vidahelp, der pflegende Angehörige unterstützt, sowie Generalsekretärin der



Kochen, einkaufen, aus dem Bett aufstehen – ohne Marić nicht möglich: „Das Sagen haben hier mittlerweile die Betreuerinnen“, scherzt Frau B.

2017 gegründeten Gewerkschaftsinitiative vidaflex. Mit Letzterer und der Website betreuerinnen.at ist die Schwesterorganisation der Gewerkschaft vida in die Vermittlung und Interessenvertretung von selbstständigen Betreuer:innen eingestiegen. Sie streckt die Fühler in einen Arbeitsbereich in Österreich aus, der von Ausbeutung geprägt ist.

Es sind vor allem private Vermittlungsfirmen, die Personen aus dem Ausland mit pflegebedürftigen Klient:innen hierzulande zusammenbringen – mit Nachteilen für die Betreuer:innen: Die Vermittlungsfirmen kassieren hohe Gebühren und klären sie teilweise falsch über ihre Versicherungspflichten auf – was empfindliche Nachzahlungen nach sich ziehen kann –, oder sie enthalten ihnen Honorare vor. Sie haben meist kein Mitspracherecht, zu wem sie kommen. Vor allem sprachliche Barrieren erschweren es ihnen, sich adäquat über ihre Rechte und Pflichten zu informieren.

Heuber kann erschreckende Beispiele aufzählen: „Wir hatten eine Betreuerin, die mit dem Klienten im Doppelbett schlafen musste, und eine, die in einer Art Abstellkammer wohnen musste, ohne Fenster“, erzählt sie. Bei betreuerinnen.at werden über ein Matching-System Betreuer:innen mit Klient:innen zusammengebracht, Bedürfnisse wie der gewünschte Arbeitsort werden berücksichtigt. Angehörige auf der Suche nach Betreuung zahlen jährlich eine Nutzungsgebühr, Betreuer:innen zahlen zwischen 200 und 500 Euro im Jahr, je nachdem, ob sie vidaflex-Mitglieder sind oder nicht. Dafür haben sie jederzeit ein Beratungsangebot in mehreren Sprachen zur Verfügung. In Vorgesprächen mit den Angehörigen wird geklärt, welche Tätigkeiten der:die Betreuer:in übernimmt bzw. welche nicht und welche Bedingungen in den Wohnungen vorherrschen.



Alle 14 Tage fährt Marić heim nach Bosnien-Herzegowina zu ihrer Familie.

Marić wurde in Deutschland geboren, über ihre Ehe ist sie nach Bosnien gekommen. Deutschkenntnisse seien ein essenzieller Vorteil, um sich in dem Beruf durchsetzen zu können. Auch sie hat in ihrer Zeit in Österreich viel erlebt. Einmal wurde sie von einem Klienten fremdenfeindlich beschimpft. „Ich lasse meine Familie in Bosnien im Stich, damit es anderen Menschen gut geht, und dann trifft man noch auf Undankbarkeit. Das tut schon weh“, sagt sie, aber das seien nur die Schattenseiten ihrer Arbeit. „Die kommen vor.“ Wichtig seien bei dem Beruf Empathie für ältere Menschen und Geduld. „Bei Frau B. haben wir gesagt, ich komme zu dieser Arbeitsstelle ohne Vorbelastung. Und zum Glück ist Frau B. so eine fröhliche Person.“

Zu Besuch am Bau

Auch die Baubranche zeichnet sich strukturell durch einen hohen Migrationsanteil aus, die überwiegende Mehrheit ist außerdem männlich. Hier ist vor allem die Entsendung von Arbeitskräften ein großes Thema. Davon spricht man, wenn eine Firma in einem EU-Mitgliedstaat eine Arbeitskraft zur Erbringung von Dienstleistungen in ein anderes EU-Land schickt.

Laut europäischer Entsenderichtlinie gilt dabei der Grundsatz: Gleiches Entgelt für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Das heißt im Zusammenhang mit Österreich, dass entsendete Arbeitnehmer:innen aus Slowenien, Rumänien, Bulgarien oder anderen Ländern für ihre Arbeit hierzulande nach Kollektivvertrag entlohnt werden müssen. Auf europäischer Ebene bewirkt das unter anderem eine Arbeitsmigration in den Norden, wo die Gehälter höher sind als im Süden. Die Entsenderichtlinie wird aber nicht immer eingehalten, wie man bei der Gewerkschaft Bau-Holz (GBH) weiß.

„Die Idee, eine Anlaufstelle für slowenische Arbeitnehmer:innen einzurichten, die in Österreich arbeiten, ist schon 2015 ent-



Manuela Rozin ist Fachexpertin bei der GBH Steiermark, führt Beratungen in der Baubranche durch und ist deshalb auch oft auf Baustellen unterwegs.

standen, nachdem wir im südsteirischen Raum Missstände mitbekommen hatten“, erklärt Andreas Linke, Landesgeschäftsführer der GBH Steiermark. In Spielfeld nahe der Grenze zu Slowenien hat die Gewerkschaft ein Projekt verwirklicht, das 2024 von der European Labour Authority (ELA) als „Good Practice“ gelistet wurde. Im Rahmen der Initiativen „Faire Arbeit“ und „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ hat sich die Baugewerkschaft den Beschäftigungsverhältnissen von entsendeten Arbeitskräften gewidmet und bietet Arbeiter:innen Informationen in mehreren Sprachen an. Sie stammen aus den verschiedensten Ländern und werden über die slowenischen und kroatischen Firmen nur vermittelt.

„Eine andere Welt“

„Ein negatives Highlight war ein 62-jähriger Fliesenleger, der über Jahre als Lehrling im ersten Lehrjahr eingestuft war“, erzählt Manuela Rozin. Sie ist Fachexpertin bei der GBH Steiermark, spricht Slowenisch und BKS (Bosnisch/Kroatisch/Serbisch) und führte seit Beginn der Initiative 2017 Tausende Beratungen von Bauarbeiter:innen durch. Sie ist selbst oft auf Baustellen unterwegs, schüttelt Hände, verteilt Flyer, erklärt, was die Arbeitnehmer:innen von der Gewerkschaft haben können. „Wir sehen dort oft Unterentlohnung, aber auch Fälle, bei denen Arbeitnehmer:innen gar keinen Lohn bekommen, drei Monate durcharbeiten und zurück in ihre Heimat geschickt werden.“

Um die Preise für Bauangebote zu drücken, setzt die Branche auf verzweigte Subunternehmensstrukturen, Arbeitgeber:innen sparen bei Sonderzahlungen und Reisekostenerstattungen, oder sie wenden eine falsche – günstigere – KV-Einstufung an. Manche Firmen melden die Arbeiter:innen zuerst bei der Sozialversicherung an, danach aber während der Arbeit wieder ab. Das heißt, diese



Darf's ein bisschen mehr sein?

„Die Idee, eine Anlaufstelle für slowenische Arbeitnehmer:innen in Österreich einzurichten, ist 2015 entstanden“, sagt Andreas Linke, Landesgeschäftsführer der GBH Steiermark.

arbeiten in Österreich, sind dabei aber nicht krankenversichert. „Jeder Fall ist eine Katastrophe“, sagt Rozin.

Arbeitnehmer:innen zu finden, die über ihre Erlebnisse am Bau berichten wollen, ist selbst unter Zusicherung von Anonymität schwierig. Die Angst vor negativen Konsequenzen oder davor, die Arbeit zu verlieren, ist groß. Und sie ist berechtigt: „Wir hatten Firmen, die den Arbeitnehmer:innen drohten, wenn sie auf ihren Rechten bestanden. Das ist eine andere Welt“, sagt Rozin. „Wir bewegen uns auf dünnem Eis“, fügt Linke hinzu. „Da geht es wirklich um Familien.“ Erschwerend hinzu komme, dass selbst die Unterentlohnung für viele Arbeitnehmer:innen mehr Entgelt bedeutet, als sie in ihren Herkunftsländern erhalten würden. Viele sind deshalb gehemmt, das einzufordern, was ihnen eigentlich zusteht.

Mittlerweile ist die Beratungsstelle „Faire Arbeit“ von einem landesgeförderten Projekt zu einer fixen Anlaufstelle innerhalb der GBH geworden und versucht weiterhin, Arbeitnehmer:innen die Angst zu nehmen. Seit 2017 konnte man rund eine Million Euro für betroffene Arbeitnehmer:innen erkämpfen. „Daraus ergeben sich auch wahnsinnig schöne Momente der Dankbarkeit, bis hin zu Tränen und Besuchen von ganzen Familien“, sagt Rozin. „Es ist der schönste Lohn, wenn man sieht, dass man jemandem so geholfen hat. Das treibt einen an, weiterzumachen.“

Und der jahrelange Einsatz zeigt Wirkung: „Mittlerweile sind wir mit unserem Büro in Spielfeld schon bis Montenegro und Albanien bekannt“, sagt GBH-Landesgeschäftsführer Linke. „Die Leute dort wissen, dass es hier in Österreich jemanden gibt, der ständig nachbohrt.“ Außerdem formuliert er einen Appell: „Meine Botschaft ist, Entsendearbeitnehmer:innen nicht als ‚Ausländer:innen‘ zu betiteln. Wir leben in Europa, das sind europäische Arbeitnehmer:innen. Man muss hinschauen, und sie müssen gleich behandelt werden.“ ▶

Alle Beiträge zum aktuellen Schwerpunkt und zu anderen Themen rund um die Arbeitswelt finden Sie online unter arbeit-wirtschaft.at.



FOKUS

Wie spürt ihr globale Entwicklungen im B



Vivian Fletzer

Betriebsratsvorsitzende
der Psychosozialen Dienste in Wien

Globale Krisen wirken sich direkt auf unsere Arbeit aus. Mit der Pandemie stieg etwa der Bedarf an ambulanten Angeboten für Kinder und Jugendliche, Fluchtbewegungen bringen vermehrt Menschen mit Multitraumata zu uns. Und die Teuerungskrise zeigt: Finanzielle Probleme können auch zu Krankheitsthemen werden.



Christoph Bures

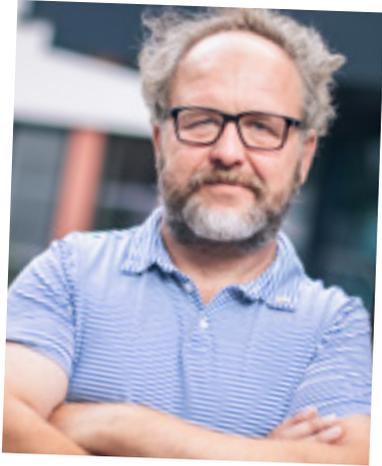
Zentralbetriebsratsvorsitzender
bei der UniCredit Bank Austria AG

Beschäftigte internationaler Banken sind stark von globalen Einflüssen betroffen. Für einen Betriebsrat gilt es, die Interessen der Mitarbeitenden im digitalen Wandel und in einem wettbewerbsorientierten Umfeld zu schützen. Mein Anspruch: nicht Passagier sein, sondern den Rahmen mitgestalten – mit Kreativität, Herz und Hirn.

e etrieb?

Krisen, Konflikte, die Welt im Wandel: Das globale Geschehen schlägt sich auch auf den Arbeitsalltag nieder. Betriebsrät:innen beschreiben die Herausforderungen, die dadurch entstehen.

RECHERCHE VANESSA KOVAR



Harald Steer

Betriebsratsvorsitzender
beim Anton Proksch Institut

Die Teuerung und wirtschaftliche Unsicherheit sind große Themen. Menschen im Sozial- und Gesundheitsbereich sehnen sich nach Verbesserungen. Ihnen würde mehr zustehen, aber welche:r Arbeitgeber:in hat etwas abzugeben? Die Mobilisierung für die KV-Verhandlungen wird schwer, die Kolleg:innen fühlen sich machtlos.



Irmgard Gettinger

Betriebsratsvorsitzende
bei Boehringer Ingelheim

Die Globalisierung prägt alle Unternehmensbereiche. Führungskräfte sitzen häufig im Ausland und sprechen nicht immer Deutsch. Digitale Systeme verändern die Kommunikation und bringen mehr Dynamik, aber auch eine Informationsflut mit sich. Die Chance: Internationale Zusammenarbeit ist einfacher denn je.

Demokratie muss liefern

Die Politologin Tamara Ehs argumentiert im Interview, dass die Menschen in Demokratie Freiheit und Gleichheit sehen – und diese Versprechen eingelöst haben wollen.

INTERVIEW RICHARD SOLDER

Tamara Ehs erlebt regelmäßig, wie erschüttert der Glaube an die Demokratie in Österreich heutzutage zum Teil ist. Bei ihren Vorträgen in Schulen oder der Erwachsenenbildung begegnet sie Menschen, die mit der Idee eines „freundlichen Diktators“ liebäugeln oder die das Gefühl haben, mit ihrer Stimme nichts bewirken zu können. Im Gespräch erklärt die Politikwissenschaftlerin, was hinter diesen Tendenzen steckt und wie man die österreichische Demokratie vor autoritärer Übernahme schützen kann.

Arbeit&Wirtschaft: Frau Ehs, eine zentrale Aussage in Ihrem neuen Buch „Verteidigung der Demokratie“ ist, dass Menschen das Modell Demokratie annehmen müssen. Was meinen Sie damit?

Tamara Ehs: Demokratie muss einen erkennbaren Vorteil gegenüber anderen Herrschaftsformen darstellen. Es gibt viele Möglichkeiten, gesellschaftliches Leben zu organisieren: Sollen die Reichsten herrschen oder die Klügsten? Oder aber sollen alle, die von Entscheidungen betroffen sind, diese auch mitgestalten können? Das wäre dann die Demokratie.

Genau diese Idee hat sich doch durchgesetzt.

In den vergangenen 200, 300 Jahren hat sich die Demokratie als das Modell etabliert, das von den meisten Menschen als erstrebenswert erachtet wird. Das war mit großen Kämpfen verbunden – denken wir nur an die Arbeiter:innengeschichte. Es wurde dafür gekämpft, dass jede Stimme gleich viel zählt. Dieses Versprechen muss die Demokratie aber auch einlösen.

Dabei geht es einerseits darum, frei zu sein. Im feudalen System konnte eine einfache Bäuerin oder ein Arbeiter nicht heiraten, wen sie bzw. er wollte, und nicht frei über ihren bzw. seinen Job entscheiden. Das zweite Versprechen ist Gleichheit, also dass ich als Bürgerin gleich viel zähle wie andere. Die Krisen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass mit dem System etwas nicht stimmt.

Wie zeigt sich das?

Reichtum ist in der Gesellschaft inzwischen extrem ungleich verteilt. Außerdem sind 20 Prozent der dauerhaft in Österreich lebenden Menschen nicht wahlberechtigt, in Wien sogar schon 35 Prozent. Das politische System antwortet auf obere Einkom-

mensschichten besser als auf Menschen, die prekär beschäftigt oder armutsgefährdet sind. Die politischen Wünsche dieser Gruppen werden nicht umgesetzt. Beispiele sind vermögensbezogene Steuern: Seit zwei Jahrzehnten sehen wir in Meinungsumfragen eine große Befürwortung in der Bevölkerung dafür. In der Politik kamen aber keine entsprechenden Mehrheiten zustande.

Stichwort Ungleichheit: Hängt das nicht auch mit Kapitalismus bzw. Neoliberalismus zusammen?

Ja, die Entwicklung unserer Demokratie ist eng an das kapitalistische Wirtschaftssystem gebunden. Unsere Aufgabe wird es sein, eine Demokratie ohne Wachstum zu gestalten. Wir können in einer postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft gar nicht mehr in dem gewünschten Ausmaß wachsen, und gleichzeitig sollten wir es auch gar nicht, denn das schafft unser Planet nicht.

Klingt nach einer Mammutaufgabe. Im Buch schreiben Sie, es brauche dafür eine neue Erzählung.

Ja, Erzählung und Taten. Zohran Mamdani, Bürgermeisterkandidat der Demokraten

A portrait of Tamara Ehs, a woman with long blonde hair, wearing a blue long-sleeved top and red pants. She is standing outdoors, leaning on a metal railing. The background shows a modern building with a textured wall and a staircase.

Tamara Ehs ist Politikwissenschaftlerin und Demokratieberaterin in Wien und Brüssel, außerdem Fellow an der Academy of International Affairs Bonn. Ihre Forschung konzentriert sich auf demokratische Innovationen mit Fokus auf soziale Ungleichheit und Gefahren der Autokratisierung.

„Viele Menschen denken: Solange gewählt wird, ist eine Demokratie keine Autokratie. Aber Demokratie bedeutet mehr, als Wahlen abzuhalten.“

Tamara Ehs, Politikwissenschaftlerin

in New York, zeigt aktuell, wie wichtig es ist, Existenzängste ernst zu nehmen und für leistbares Wohnen, Bildung und gute Schulen einzutreten.

Funktionieren denn aktuell Erzählungen über eine bessere Zukunft?

Nein, weil es nicht mehr spürbar ist. Früher war das Versprechen der Demokratie und der Sozialdemokratie ein Fortschrittsversprechen: Wer arbeitet, kann sich etwas aufbauen – Haus, Auto, Urlaub –, und die Kinder haben es einmal besser. Heute herrscht stattdessen eine Abstiegserzählung. Wer selbst nicht abrutscht, sieht, dass es die Kinder schwerer haben.

Mit welchen Folgen?

Einem Ohnmachtsgefühl. Ohne die Aussicht auf eine bessere Zukunft wächst aber die Angst, und Verteilungskonflikte verschärfen sich. Dann heißt es schnell: „Unser Geld für unsere Leut!“ Vom Wirtschaftsminister (Wolfgang Hattmannsdorfer, ÖVP, Anm.) hören wir, die Menschen sollen mehr Vollzeit arbeiten. Binnen kürzester Zeit hat sich die Debatte von Arbeitszeitverkürzung hin zu einer Forderung nach Mehrarbeit verschoben – ohne Rücksicht auf Sorgearbeit wie Kinderbetreuung oder die alternde Gesellschaft.

Wie kommen wir da wieder raus?

Parteien oder Gewerkschaften haben ihren

Mitgliedern immer eine kollektive Identität angeboten und gezeigt: Arbeitslosigkeit oder andere Probleme sind kein individuelles Versagen, sondern gesellschaftliche Herausforderungen. Doch das neoliberale System vermittelt uns: Du bist deines Glückes und auch deines Unglückes Schmied.

„Parteien sollten Menschen aus allen Schichten ansprechen und systematisch rekrutieren.“

Das erzeugt Druck – und dieser kann wiederum von rechten Parteien genutzt werden. Ein Schritt dagegen können bessere gesellschaftliche Begegnungsräume sein, etwa Bürgerräte. Sie retten die Demokratie nicht allein, aber Menschen unterschiedlicher Hintergründe reden miteinander. So können neue Narrative und kollektive Identitäten entstehen – jenseits rechter, volkstümlicher Erzählungen. Nationalistische Identitäten wirken, wenn andere Identitäten brüchig geworden sind. Job weg, Ehe weg – aber rot-weiß-rot: Berge, Seen und das schöne Österreich bleiben. Daran halten sich Menschen fest – und die FPÖ macht mit der vermeintlichen Bedrohung dieses letzten Rückzugsortes durch „Brüssel“ oder Flüchtlinge Politik.

Wie können Bürgerräte konkret helfen?

Vor allem auf kommunaler Ebene, weil man vor Ort Probleme, Parteien und Akteur:innen kennt und direkt Ergebnisse sieht. Je höher die Ebene, desto schwieriger ist es, die eigene Wirksamkeit einzuschätzen.

Der 2022 gestartete Klimarat blieb aber folgenlos ...

Er war ein Instrument, um gesellschaftlichen Rückhalt für eine ambitioniertere Klimapolitik zu schaffen – nur wurden seine Empfehlungen nicht umgesetzt. Ich bin für eine Institutionalisierung, wie in Ostbelgien zum Beispiel: Dort gibt es eine zweite Kammer mit einem ständigen Bürgerrat. Es geht dabei nicht darum, die repräsentative Demokratie abzuschaffen, sondern sie repräsentativer zu machen. Denn wer sitzt heute im Parlament? Früher gab es eine höhere Arbeiter:innenquote, heute dominieren Akademiker:innen – man spricht von einer „Diplomiertendemokratie“. Viele Lebensrealitäten fehlen in der Politik.

Wie können sie Teil davon werden?

Eine Möglichkeit können Quoten sein: Einige Länder haben Frauenquoten eingeführt, in Österreich gibt es sie nur auf Parteiebene. Die französische Ökonomin Julia Cagé kann sich eine Arbeiter:innenquote vorstellen, damit auch diese Lebensrealitäten vertreten sind.



Zur Stärkung der Demokratie empfiehlt Tamara Ehs Bürgerräte auf kommunaler Ebene, „weil man vor Ort Probleme, Parteien und Akteur:innen kennt und direkt Ergebnisse sieht“.

Ich plädiere in meiner Tätigkeit als Demokratieberaterin aber dafür, bei den Parteien anzusetzen: Sie sollten Menschen aus allen Schichten ansprechen und systematisch rekrutieren. Wir bräuchten mehr Rekrutierung in Betrieben, über Betriebsräte und Gewerkschaften, um das Vertrauen zu stärken. Der Demokratie-Monitor des FORESIGHT-Institutes zeigt jedes Jahr, dass sich Menschen aus unteren Einkommensschichten politisch nicht repräsentiert fühlen – genauso wie Menschen mit Migrationsgeschichte.

Im Buch schreiben Sie, dass Demokratie Zeit braucht. Aber haben wir die – Stichwort Krisenjahre?

Die autoritäre Versuchung von Führungsfiguren wie Donald Trump liegt darin, dass sie per „executive orders“, also mit Dekreten regieren. Das geht schnell – vieles in der Demokratie dauert sonst üblicherweise lang. Deshalb sollten wir unsere Systeme so aufstellen, dass sie auch in Krisen gut funktionieren. Ich begrüße es, dass im Koalitionsprogramm der Bundesregierung ein Verfassungskonvent angekündigt ist, um unsere Demokratie wehrhafter und schnell handlungsfähig zu machen. Ein Vorbild ist das „Thüringenprojekt“, das Verfassungslücken aufzeigte. Diese könnten für Demokratieabbau genutzt werden. So ein Projekt bräuchten wir auch in Österreich. Forscher:innen betonen etwa seit Jahrzehnten, dass das Amt des Bundespräsidenten

autoritäre Mechanismen aufweist und reformiert werden müsste.

Denken Sie, Österreich könnte leicht in eine autokratische Regierung kippen?

Das Problem ist, dass viele Menschen denken: Solange gewählt wird, ist eine Demokratie keine Autokratie. Aber Demokratie bedeutet mehr, als Wahlen abzuhalten. Der V-Dem-Index, an dem ich mitarbeite, ordnet etwa Ungarn nur mehr als „Wahlautokratie“ ein, und das EU-Parlament folgt uns in dieser Einschätzung. Wenn Menschen Existenzängste haben, dann rücken rechtsstaatliche Prinzipien für sie in den Hintergrund. Es braucht eine antifaschistische Wirtschaftspolitik: leistbares Wohnen, ein bezahlbares Bildungs- und Gesundheitssystem. Das politische System muss Erleichterung bringen, sonst fragen sich viele, ob nicht ein „guter Diktator“, der Mieten senkt und Jobs schafft, besser sei. Solche fatalen Rechnungen gab es schon vor dem Nationalsozialismus, und

es gibt sie noch immer. Wir brauchen darauf solidarische, menschenfreundliche Antworten.

Und wie kann das gelingen?

Ich glaube nicht, dass ein großes Narrativ oder eine Partei allein alles ändern kann. Wir brauchen auch Grassroot-Initiativen. Wir müssen lokal anfangen.

Wie sieht es mit Mitbestimmung am Arbeitsplatz aus?

Wirtschaftstreibende müssen verstehen, dass wirtschaftlicher Erfolg Demokratie und Freiheitsrechte braucht. Deshalb müssen Arbeitnehmer:innenrechte gestärkt werden, denn Arbeitswelten werden sonst zu einem Nährboden für Extremismus. Mitbestimmung, Solidarität und Mitwirkungsgefühl im Betrieb stärken hingegen die Demokratie – auch außerhalb der Arbeit. Und: Wo es Betriebsräte gibt, nehmen Menschen eher an Wahlen teil und vertrauen der Demokratie mehr. ▸

& BUCHTIPP

Verteidigung der Demokratie

In ihrem Essay setzt sich Tamara Ehs mit den Strukturen, Inhalten und Voraussetzungen der Demokratie auseinander und geht der Krise der Repräsentation sowie autoritären Versuchungen nach.

ÖGB-Verlag | 2025 | 160 Seiten | EUR 19,90
ISBN: 978-3-99046-743-5



Auf Zeitreise durch Wien

Der ÖGB feiert heuer sein 80-jähriges Bestehen, und wir nehmen das zum Anlass, die Geschichte der Gewerkschaft in Österreich zu beleuchten. Auf einem historischen Stadtpaziergang durch Wien begegnet man großen Persönlichkeiten und dem widerständigen Geist der Arbeiter:innenbewegung.

TEXT SARAH KLEINER, NADJA RIAHI



Die Teilnehmer:innen des Stadtpaziergangs
vor dem Justizpalast im Grete-Rehor-Park in Wien.



Guide Erik Stettler neben dem Denkmal „Für das Kind“. „Demokratien erkennt man daran, ob es freie Gewerkschaften gibt.“

An einem heißen Sommernachmittag versammelt sich eine Gruppe von Menschen am Wiener Westbahnhof rund um das Denkmal „Für das Kind“. Die Bronzefigur in der Kassenhalle des Bahnhofs zeigt einen Bub, der auf einem Koffer sitzt. Sie erinnert an die rund 10.000 mehrheitlich jüdischen Kinder, die zwischen 1938 und 1939 vor der Verfolgung durch die Nationalsozialist:innen fliehen konnten, indem sie in sogenannten „Kindertransporten“ nach Großbritannien gebracht wurden.

An diesem Junitag im Jahr 2025 ist das Denkmal Ausgangspunkt für einen historischen Stadtspaziergang. Denn die Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung ist auch eng mit dem düsteren Kapitel des Faschismus verwoben – beziehungsweise mit dem Widerstand. „Ihr könnt die Flyer auch zu Fächern umfunktionieren“, sagt Erik Stettler an die Runde von Menschen um ihn herum gerichtet. Er ist heute der Guide, der die Teilnehmer:innen gedanklich bis in die Zeiten der Monarchie zurück mitnehmen wird. Dass der Wiener Westbahnhof der Startpunkt dieses Spaziergangs ist, hat noch einen weiteren Grund: Im Direktionsgebäude wurde vor 80 Jahren der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) gegründet.

Aus der Asche

Stettler führt die Gruppe zuallererst im Bahnhof zu der Gedenktafel „Niemals vergessen“. Sie erinnert an die 150 Politiker:innen und Gewerkschafter:innen, die im April 1938 von hier aus ins Konzentrationslager Dachau deportiert wurden. „Die Gedenktafel ist beschämend klein und versteckt“, ärgert sich Stettler.

Die Freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei waren 1934, nach den als „Februarkämpfen“ bekannten blutigen Auseinandersetzungen mit dem Regime des Kanzlers Engelbert Dollfuß, verboten worden. Im Austrofaschismus wurde das Stand-

recht wieder eingeführt, Erschießungen und Verhaftungswellen fanden statt. Betriebsrät:innen des sozialdemokratischen oder kommunistischen Lagers verloren ihr Mandat. Nach dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich 1938 wurden schließlich zahlreiche Gewerkschafter:innen vom Nazi-Regime als politische Gegner:innen inhaftiert und ermordet.

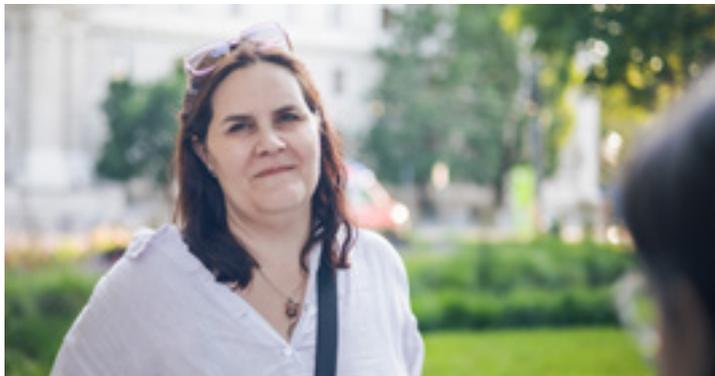
„Demokratien erkennt man unter anderem daran, ob es freie Gewerkschaften gibt“, betont Guide Stettler. „Aktuell leben wir in einer Zeit, in der sich in einigen Staaten autokratische Regierungen entwickeln und der Wunsch nach einem ‚starken Mann‘ lauter wird.“ Da hätten Gewerkschaften keinen Platz, so Stettler: „Die würden ja mitreden wollen“, so der 56-Jährige, der lange als Trainer mit Jugendlichen gearbeitet hat, unter anderem bei „Jugend am Werk“.

Die circa zehnköpfige Gruppe verlässt danach den Westbahnhof und macht ganz in der Nähe vor einer unscheinbaren Hausfassade in der Kenyongasse halt. In den letzten Tagen des Krieges im April 1945 traf sich hier eine Runde von Männern, die das Regime überlebt hatten. Während in Teilen Wiens noch gekämpft wurde, drängten sich bei den mehrtägigen Beratungen bis zu 25 Menschen in der kleinen Wohnung von Josef Battisti (1900–1990) zusammen.

Battisti war gelernter Zimmermann und schon in seiner Lehrzeit Gewerkschaftsmitglied. In den 1920er-Jahren fungierte er als Sekretär der Bauarbeitergewerkschaft, nach 1934 spielte er eine zentrale Rolle in der illegalen Gewerkschaftsbewegung. Eine kurze Diskussion entsteht unter den Teilnehmer:innen: Wie konnte man sich damals – ohne Smartphone, Social Media, E-Mail-Verteiler – organisieren? Die Antwort: Durch Mundpropaganda, handgeschriebene Zettel und viel Diskretion. „Es ist beeindruckend, wie die Menschen ohne Hemmungen eine Zusammenkunft organisiert haben, ohne sich zu fragen, ob sie das dürfen. Sie haben es einfach gemacht,“ fügt Stettler hinzu.



Neubaugasse 65: Hinter einer unscheinbaren Hausfassade verstecken sich die Anfänge unseres Magazins.



Teilnehmer:innen Peter Reichenberger und Karin Vouk: „Durch Stadtpaziergänge wird Geschichte unmittelbar erlebbar“, sagt Vouk.

Ein Komitee aus Vertreter:innen verschiedener Fachgewerkschaften entstand und begann in Battistis Wohnung, die Statuten für den ÖGB auszuarbeiten. Die Gründungsversammlung fand unter dem gemeinsamen Vorsitz von Battisti und Johann Böhm, dem späteren ersten ÖGB-Präsidenten, am 15. April 1945 im Wiener Direktionsgebäude des Westbahnhofs statt.

Tiefe Wurzeln

Bei der Entstehung des ÖGB stand zur Diskussion, ob man sich über Richtungsgewerkschaften organisieren wollte, wie in der Ersten Republik. Die Gewerkschaften waren damals nach ihren politischen und weltanschaulichen Richtungen aufgeteilt, also etwa in christliche, sozialistische oder kommunistische Gewerkschaften. Bei der Gründung des ÖGB hingegen einigte man sich auf einen allgemeinen, überparteilichen Gewerkschaftsbund.

Stettler führt die Gruppe weiter durch den siebten Bezirk und in die frühe Gewerkschaftsgeschichte, also zurück in die Monarchie. In der Zieglergasse, einer Seitenstraße der Mariahilfer Einkaufsmeile, macht die Gruppe einen Zeitsprung zu einem neuralgischen historischen Punkt: 1867 musste Österreich nach der Niederlage im Deutschen Krieg dem jahrelangen Aufbegehren der ungarischen Bevölkerung und Krone nachgeben, und das Kaisertum wurde in die österreichisch-ungarische Doppelmonarchie umgewandelt. Ungarn machte einen Schritt in die Unabhängigkeit, und Österreich wurde zur konstitutionellen Monarchie. Im österreichischen Staatsgrundgesetz von 1867 („Dezemberverfassung“) wurde schließlich auch das Recht der Bevölkerung festgehalten, Vereine zu gründen, was für die Etablierung der Massenparteien wie der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der Christlichsozialen Partei von großer

Bedeutung war. Auch die damalige Arbeiter:innenbewegung machte von ihrem Recht Gebrauch, woran zum Beispiel die Hausnummer 18 der Zieglergasse erinnert. Dort befand sich ab 1868 eines der ersten sogenannten Arbeiterlesezimmer.

Bildung war damals keine Selbstverständlichkeit, sondern den wohlhabenden bürgerlichen Schichten – und vor allem Männern – vorbehalten. Über Bildungsvereine kamen Arbeiter:innen in ihrer spärlichen Freizeit zusammen, um zu lesen, sich auszutauschen und zu debattieren. Frauen war es durch das Staatsgrundgesetz verboten, Mitglied in politischen Vereinigungen zu sein, weshalb sie unter anderem die (vermeintlich) unpolitischen Bildungsvereine zur Organisation nutzten.

„Wer glaubt, Frauen hatten nur eine unterstützende Rolle in der frühen Gewerkschaftsgeschichte, der irrt gewaltig“, betont Stettler. Bevor er die ÖGB-Gründungsrouten als Guide übernahm, startete er mit einem historischen Stadtpaziergang zu Frauenthemen. „Sie sind für die eigenen Rechte eingestanden, und zwar breit aufgestellt.“ Als Beispiel nennt er die Frauentags-Demonstration 1911 in Wien, bei der rund 20.000 Menschen, vor allem Frauen, aufmarschierten.

Wissen ist Macht

Zentral waren auch Bildungsmaterialien und Medien, um das Gedankengut der betrieblichen Organisation zu verbreiten. Einige Minuten Fußweg vom Arbeiterlesezimmer entfernt in der Neubaugasse 65 befinden sich die Anfänge eines besonderen Magazins. Hier war im 19. Jahrhundert der erste Redaktionssitz der Zeitschrift „Die Gewerkschaft“, eines Sprachrohrs der Arbeiter:innenbewegung. 1923 wurde die Publikation in die Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ umgewandelt, und sie erscheint – wie Sie wissen – bis heute.



Zwischenstopp vor der ehemaligen Wohnung Josef Battisti, bei der eine Gedenktafel an die Gründung des ÖGB erinnert.

Das „Denkmal der Republik“ an der Wiener Ringstraße erinnert an die Ausrufung der Ersten Republik.

Die Gruppe spaziert weiter die sonnige Burggasse hinab und steht nach einer Linksabiegung vor einem bis heute zentralen Ort der kulturellen Bildung: dem Wiener Volkstheater. 1889 eröffnet, sollte es ein Gegenpol zu den elitären Staatstheatern sein. Es versprach „geistige Erholung“ für die arbeitende Bevölkerung und konnte dieses Versprechen viele Jahre halten. Nach dem „Anschluss“ 1938 wurden jedoch die jüdischen Mitarbeiter:innen der Spielstätte entlassen. Das Gebäude wurde von den Nationalsozialist:innen übernommen und als „Kraft durch Freude“-Theater zweckentfremdet. In der Nachkriegszeit wurde es dann anfangs von einer von Gewerkschafter:innen geführten GmbH gepachtet und wieder zum zentralen Veranstaltungsort für die gewerkschaftliche Bewegung.

Gegen Ende des Spaziergangs begegnet die Gruppe noch den Spuren einer bedeutenden Gewerkschafterin: Grete Rehor (1910–1987). Im nach ihr benannten Park nicht weit vom österreichischen Parlament spenden Bäume den Spaziergänger:innen etwas Kühle und Schatten. Rehor war christliche Gewerkschafterin und als junge Frau das erste weibliche Mitglied im Jugendbeirat der Arbeiter-

kammer Wien. Sie prägte Initiativen wie „Jugend am Werk“ oder „Jugend in Not“ und wurde 1966 von der ÖVP-Alleinregierung zur ersten weiblichen Bundesministerin in Österreich ernannt.

Bei der letzten Station angekommen, bleiben die Spaziergänger:innen vor den Büsten dreier Männer am anderen Ende des Parks stehen. Das „Denkmal der Republik“ erinnert an die Ausrufung der Ersten Republik 1918 und stellt drei ihrer wichtigsten Akteure dar: den Gewerkschaftspionier und Bürgermeister Jakob Reumann (1853–1925), den Mitbegründer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Victor Adler (1852–1918) und den Gewerkschafter und Pionier der österreichischen Sozialgesetzgebung Ferdinand Hanusch (1866–1923).

Die Errungenschaften, die Menschen wie sie, wie Battisti, Böhme, Rehor und Consort:innen, für die österreichische Bevölkerung erkämpften, bilden bis heute das Fundament des österreichischen Wohlstands. Die Werkzeuge ändern sich zwar, die Kommunikationsmittel und -methoden, doch die Motive bleiben gleich. Was die Gewerkschaftsbewegung damals ausgezeichnet hat – der Blick für die Vielen und das kompromisslose Eintreten für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen –, das braucht es bis heute, und zwar mit der gleichen Überzeugung wie einst. ▶

Anzahl der Mitglieder im Österreichischen Gewerkschaftsbund

Quelle: ÖGB (2024)

1,2 MILLIONEN

& INFO

Der Verein der österreichischen Gewerkschaftlichen Bildung (VÖGB) bietet die Stadtspaziergänge entlang der Gründungsrouten des ÖGB kostenlos für alle Interessierten an. Anmeldung unter:





Überwachung kontern

Die Digitalisierung fordert die Belegschaftsvertretung: Microsoft 365 etwa erleichtert die digitale Zusammenarbeit, wirft aber auch datenschutzrechtliche Fragen auf, vor allem hinsichtlich Verhaltens- und Leistungskontrolle von Beschäftigten. Der Vortrag gibt einen Überblick über rechtliche Regelungen und zeigt, worauf beim Beschäftigtendatenschutz besonders zu achten ist. (Präsenz-Angebot)

Für: Arbeitnehmer:innenvertretung und
ÖGB-Mitglieder aus Vorarlberg
Wo: Rosehill Hohenems, 6845 Hohenems
06.10.2025: 13.30–16.00 Uhr



Bewusst kommunizieren

Kommunikation ist ein zentrales Werkzeug im Alltag von Betriebsrät:innen und Personalvertreter:innen. Wer klar, überzeugend und empathisch kommuniziert, schafft Vertrauen und Wirkung. In diesem Seminar erhalten die Teilnehmenden fundiertes Handwerkszeug, um Gespräche bewusster zu führen, Körpersprache gezielt einzusetzen und Kommunikationsbarrieren zu überwinden. (Präsenz-Angebot)

Für: Arbeitnehmer:innenvertretung und
Mitarbeiter:innen aus Salzburg
Wo: BFI Salzburg, 5020 Salzburg
05.11.2025: 09.00–17.00 Uhr



Dreifach-Power der Arbeitnehmer:innenvertretung

Als Mitglied eines Betriebsrats oder einer Personalvertretung ist man nicht auf sich allein gestellt. Erst die enge Zusammenarbeit mit Arbeiterkammern und Gewerkschaften ermöglicht es, Interessen im Betrieb durchzusetzen. Welche großen Unterschiede und Zusammenhänge es bei den dreien gibt und wie man sie für die eigene Arbeit nutzen kann, behandelt dieses Basisseminar. (Präsenz-Angebot)

Für: ÖGB-Mitglieder in aktiver Funktion
Wo: Bildungszentrum der AK Wien (BIZ), 1040 Wien
19.01.2026: 10.00–17.00 Uhr
20.01.2026: 09.00–16.00 Uhr



Wissenswertes aus dem ...

A&W
blog

„Zwischenparken“ als Geschäftsmodell

Bei jeder achten „Neueinstellung“ in Österreich handelt es sich in Wirklichkeit um eine Rückkehr zum selben Betrieb nach spätestens einem Jahr. Unternehmen melden Arbeitnehmer:innen vorübergehend beim AMS an, um Kosten zu sparen. Diese Praxis des „Zwischenparkens“ verursacht aber jährlich 600 bis 700 Millionen Euro Kosten in der Arbeitslosenversicherung, wie eine Studie des WIFO im Auftrag der AK Oberösterreich zeigt.



Dagmar Andree

Leitung Wirtschafts-, Sozial- u. Gesellschaftspolitik, AK OÖ



9.000 Euro Sozialhilfe – gerecht oder überzogen?

Immer wieder greifen Rechtspopulist:innen und Boulevard-Medien Fälle von – meist migrantischen – Großfamilien auf, die angeblich zu hohe Sozialleistungen erhalten. 2023 gab es in Österreich nur rund 3.500 Paare mit vier oder mehr Kindern, die überhaupt Sozialhilfe bezogen, und insgesamt fließt nur ein Prozent der Sozialausgaben in die Sozialhilfe. Was steckt also hinter den Anfeindungen, und wie viel Unterstützung ist gerecht?



Iris Woltran

Sozialreferentin in der AK OÖ, Team Sozialpolitik



Über Fairness und Unfairness von Wertsicherungsklauseln

Wer kennt das nicht? Schon wieder mehr Miete bezahlen ... Vermietende können über vertraglich vereinbarte „Wertsicherungen“ den Mietzins laufend erhöhen. Bei anderen Formen der Kapitalanlage – etwa Sparguthaben und Anleihen – ist ein solcher Inflationsschutz unüblich. Wie könnte eine faire Regelung bei der Preisanpassung von Mieten aussehen, die auch Instandhaltungs- und Sanierungserfordernisse berücksichtigt?



Walter Rosifka

Leiter des Teams Wohnen der AK Wien



www.awblog.at

MEIN UTOPIA

ILLUSTRATION SILKE MÜLLER



Erich Fenninger

Geschäftsführer der Volkshilfe Österreich



Margarita konnte nicht im Fußballverein mitspielen, die Medikamente für ihren chronisch kranken Bruder brauchten alle finanziellen Mittel der Eltern auf. Die Volkshilfe übernahm die Mitgliedschaft, und Margarita schießt jetzt ein Tor nach dem anderen. Eine Kindergrundsicherung würde den Weg in unsere Utopie bereiten: Österreich als erste Republik ohne Kinderarmut.

Neuerscheinungen aus dem ÖGB-Verlag



Angestelltengesetz in Frage und Antwort

Ilona Amann, Michael Gogola, Karin Koller, Michael Trinko

Ratgeber | 2025 | 192 Seiten | EUR 36,00
ISBN: 978-3-99046-718-3

Seit nunmehr über 100 Jahren regelt das Angestelltengesetz die Arbeitsvertragsbeziehung von Angestellten. Es handelt sich somit um eines der bedeutendsten Regelwerke des österreichischen Arbeitsrechtssystems.

Das vorliegende Werk behandelt die wichtigsten und häufigsten Fragen aus der Praxis, wie: Gilt für mich das Angestelltengesetz? Wann liegt ein Arbeitsvertrag vor? Mein Dienstverhältnis endet, welche Ansprüche habe ich?

Der vorliegende Ratgeber richtet sich an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, liefert aber auch eine wichtige Unterstützung für Betriebsräte und stellt einen Leitfaden im gewohnten Frage-und-Antwort-Format für den täglichen Gebrauch dar.

JETZT BESTELLEN!



Arbeitsmittelverordnung

Ernst Piller

Gesetze und Kommentare 176 | 4. Auflage | 2025 | 212 Seiten | EUR 29,90
ISBN: 978-3-99046-742-8

Die Arbeitsmittelverordnung regelt die Benutzung, Prüfung und Beschaffenheit von Arbeitsmitteln. Unterteilt ist die AM-VO in fünf Abschnitte: Allgemeine Bestimmungen, Besondere Regelungen für die Benutzung bestimmter Arbeitsmittel, Leitern und Gerüste, Beschaffenheit von Arbeitsmitteln, Schlussbestimmungen.

JETZT BESTELLEN!



Gewerkschaftlicher Stadtspaziergang

Komm mit uns durch 80 Jahre
Gewerkschaftsgeschichte!

Jetzt gleich anmelden:



voegb.at/kulturwien/Stadtspaziergang



80
JAHRE

OGB

Zusammenhalt ist unsere Stärke.
Österreichischer Gewerkschaftsbund

VOGB

Ein Ersuchen des Verlages an den/die Briefträger:in:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können,
teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls
die neue bzw. richtige Anschrift mit

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort

AW